

# SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 184

Juli 2010

€ 0,50

## Bundeswehr/NATO/UNO: Raus aus dem Balkan!

# Verhindert Abschiebungen von Roma in den Kosovo!

Inmitten der chauvinistischen Hetze gegen Griechenland und in einer Krise, wo sich der Kampf der Kapitalisten um schrumpfende Absatzmärkte verschärft und der Nationalismus zunimmt, wurde am 14. April ein Massenabschiebungsabkommen von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) und seinem kosovarischen Kollegen Bajram Rexhepi unterzeichnet. Unter dem zynischen Titel „Rücknahme“ drohten damit 10 000 Roma, Aschkali und anderen Minderheiten die Abschiebung in den Kosovo. Die Arbeitslosigkeit liegt dort offiziell bei 45 Prozent, unter Abgeschobenen wie Rückkehrern bei 90 Prozent. Die Kinderarmut wird von der OSZE auf 30 Prozent geschätzt. Wie der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma feststellt: „Für die abgeschobenen Familien gibt es im Kosovo buchstäblich nichts... Besonders für die Kinder der betroffenen Familien ist eine Rückkehr in den Kosovo eine Katastrophe. Seit fast zehn Jahren leben die Familien in Deutschland, viele Kinder sind hier geboren und sprechen weder Albanisch noch Serbisch, für sie ist Deutsch ihre Muttersprache.“



nw-news.de

**Herford, Ende Februar: Hunderte Roma und Unterstützer protestieren gegen drohende Abschiebungen**

## Volle Staatsbürgerrechte für alle, die es hierher geschafft haben!

Die Roma, ein Volk ohne Staat, dessen Geschichte die Verfolgung aller Staatenlosen symbolisiert, werden damit wieder einmal zum Freiwild erklärt. Seit Jahrhunderten werden die historisch geschmähten Roma in allen Ländern Europas dem Hass ausgesetzt, verteufelt und als „Verbrecher“ verleumdet. Mit dem Völkermordprogramm von „Rassenhygiene“ im Dritten Reich hat die deutsche Bourgeoisie über 500 000 Roma und Sinti im Holocaust hinschlachten lassen. Sozialistische Revolution in Europa wird notwendig sein, um diesem Volk und den anderen Minderheiten auf dem Balkan endlich Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Schon vor Unterzeichnung des „wechselseitigen“ Pakts wurden sogenannte Sammelabschiebungen durchgeführt. Bekannt wurde der tragische Fall von Elvira Gashi, einer 21-jährigen Mutter von zwei kleinen Kindern, die selbst als Einjährige nach Wolfenbüttel gekommen war – und zusam-

men mit ihrem gewalttätigen ehemaligen Lebensgefährten ins fremde Kosovo abgeschoben wurde. Mitten in der Nacht abgeschoben in die Kälte, ohne Zeit Winterkleidung einzupacken und ohne Obdach dort zu finden, musste Frau Gashi anfangs im Wald leben. Ihr kleiner Sohn Djafer leidet an chronischer Bronchitis. Im Kosovo erhielt die Familie kein Geld für die dringend notwendige Behandlung im Krankenhaus. Trotz Protesten der Bevölkerung und gegen den Beschluss des Landkreises Wolfenbüttel untersagte der niedersächsische Innenminister Schünemann die Rückkehr nach Deutschland. Flüchtlingsgruppen berichten über weitere grausame Einzelschicksale, aber auch über Proteste von

*Fortgesetzt auf Seite 16*

**Zurückweisung unserer Position  
zum Erdbeben in Haiti  
Eine Kapitulation vor dem  
US-Imperialismus**

Seite 13

# Kommunismus kontra Sozialpatriotismus



TROTZKI



LENIN

Nachfolgend drucken wir Auszüge aus den „21 Bedingungen“ der „Leitsätze über die Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale“ ab, die auf dem II. Weltkongress der Kommunistischen Internationale (Komintern, KI) am 6. August 1920 angenommen wurden. Am Vorabend des Ersten Weltkriegs ging die überwältigende Mehrheit der Führer der Zweiten Internationale auf die Seite ihrer „eigenen“ Bourgeoisie über. Dies provozierte die scharfe Opposition einer kleinen Minderheit, die den revolutionären Internationalismus hochhielt – am bedeutendsten Lenins Bolschewiki, die im April 1917 zur Bildung einer neuen Internationale aufriefen. Wachsende Opposition der Arbeiterklasse zum Krieg und die Inspiration der Russischen Revolution im Oktober 1917 entfachten revolutionäre Aufstände in ganz Europa. Unter dem Druck der Arbeiterklasse, die zur Führung der Kommunistischen Internationale schaute, versuchten verschiedene sozialdemokratische und zentristische Formationen wie die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD), die Sozialistische Partei Frankreichs und die Sozialistische Partei Italiens Anschluss an die KI zu finden. Die „21 Bedingungen“ zielten darauf ab, die wirklichen Revolutionäre in diesen Parteien zu gewinnen und dabei nicht nur die offenen Sozialpatrioten, sondern auch die Zentristen auszuschließen, die ihren Verrat unter marxistisch tönender Rhetorik versteckten.

6. Jede Partei, die der Kommunistische Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, nicht nur den offenen Sozialpatriotismus, sondern auch die Unaufrichtigkeit und Heuchelei des Sozialpazifismus zu entlarven: den Arbeitern systematisch vor Augen zu führen, dass ohne revolutionären Sturz des Kapitalismus keinerlei internationale Schiedsgerichte, keinerlei Abkommen über Einschränkung der Kriegsrüstungen, keinerlei ‚demokratische‘ Erneuerung des Völkerbundes imstande sein werden, neue imperialistische Kriege zu verhüten.

7. Die Parteien, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünschen, sind verpflichtet, den vollen Bruch mit dem Reformismus und mit der Politik des ‚Zentrums‘ anzuerkennen und diesen Bruch in den weitesten Kreisen der Parteimitglieder zu propagieren. Ohne das ist eine konsequente kommunistische Politik nicht möglich.

Die Kommunistische Internationale fordert unbedingt und ultimativ die Durchführung dieses Bruches in kürzester Frist. Die Kommunistische Internationale vermag sich nicht damit abzufinden, dass notorische Opportunisten, wie sie jetzt durch Turati, Modigliani, Kautsky, Hilferding, Hillquit, Longuet, Macdonald u. a. repräsentiert werden, das Recht haben sollen, als Angehörige der Kommunisti-

sche Internationale zu gelten. Das könnte nur dazu führen, dass die Kommunistische Internationale in hohem Maße der zugrunde gegangenen II. Internationale ähnlich werden würde.

8. In der Frage der Kolonien und der unterdrückten Nationen ist eine besonders ausgeprägte und klare Stellung der Parteien in denjenigen Ländern notwendig, deren Bourgeoisie im Besitze von Kolonien ist und andere Nationen unterdrückt. Jede Partei, die der Kommunistische Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, die Kniffe ‚ihrer‘ Imperialisten in den Kolonien zu entlarven, jede Freiheitsbewegung in diesen Kolonien nicht nur in Worten, sondern durch Taten zu unterstützen, die Verjagung ihrer einheimischen Imperialisten aus den Kolonien zu fordern, in den Herzen der Arbeiter ihres Landes ein wirklich brüderliches Verhältnis zu der arbeitenden Bevölkerung der Kolonien und zu den unterdrückten Nationen zu erziehen und in den Truppen ihres Landes eine systematische Agitation gegen jegliche Unterdrückung der kolonialen Völker zu führen.“

– „Leitsätze über die Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale“, 6. August 1920 (Protokoll des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale)

## SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der  
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS  
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Redaktion: Herbert Adler, Jana Gerrard, Barbara Köhler,  
Renate Müller, Steffen Singer (verantwortlicher Redakteur),  
Oliver Wegenstein (Produktionsleiter)  
Vertriebsleiterin: Renate Müller

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,  
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin  
E-Mail: spartakist@online.de  
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.  
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der  
Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10249 Berlin  
Jahresabonnement € 4,- an Verlag Avantgarde  
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60  
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF  
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

Druck: Druckerei Bunter Hund, Berlin  
ISSN 0173-7430

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 27. Juni 2010

Nr. 184

Juli 2010

## Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League  
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA  
www.icl-fi.org

## KONTAKTADRESSEN

**Berlin:** SpAD, c/o Verlag Avantgarde  
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin  
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

**Hamburg:** SpAD, c/o Verlag Avantgarde  
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg  
Telefon: (0 40) 32 36 44

**E-Mail:** spartakist@online.de

## Verteidigt die Palästinenser! Nieder mit der Blockade des Gaza-Streifens!

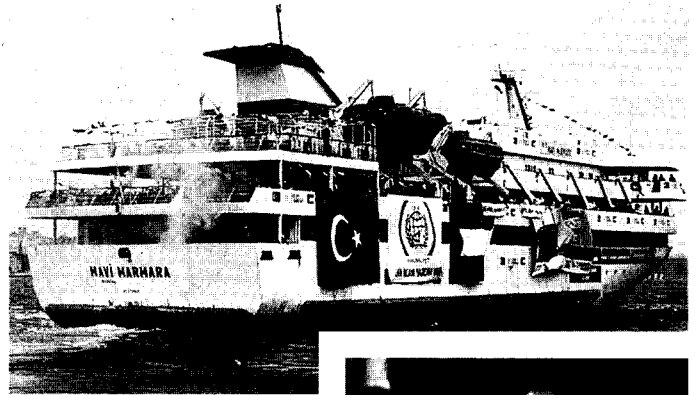
# Blutiger Angriff Israels auf Gaza-Hilfsflotte

Der nachfolgende Artikel ist adaptiert aus Workers Vanguard Nr. 960 (4. Juni 2010), Zeitung unserer Genossen der Spartacist League/US.

„Das war Mord.“ Mit diesen drei Worten brachte Greta Berlin von der Organisation Free Gaza Movement die Gräueltat auf den Punkt, die Marine-Eliteeinheiten des zionistischen Staates Israel am 31. Mai bei einer Razzia vor Morgengrauen verübten, als sie sich aus Black-Hawk-Hubschraubern auf ein ziviles Schiff in internationalen Gewässern abseilten und anfangen, auf die 700 überwiegend türkischen Passagiere loszuballern. Mindestens neun Menschen an Bord der türkischen Mavi Marmara – dem Hauptschiff einer „Freiheitsflotte“ aus sechs Schiffen, die Medikamente, Baumaterial und andere Güter nach Gaza transportierten – wurden getötet, Dutzende wurden verletzt. Überlebende des Angriffs wurden nach Israel ins Gefängnis verschleppt oder abgeschoben. Wir fordern die sofortige Freilassung der Gefangenen!

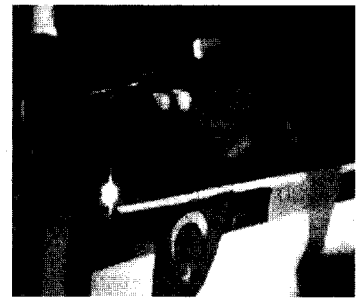
Die Passagiere der Hilfsflotte vollzogen einen mutigen Akt des Widerstands gegen das israelische Embargo des Gaza-Streifens, das 2007 verhängt wurde, um die palästinensische Bevölkerung kollektiv zu bestrafen, weil sie die islamistische Hamas an die Macht gewählt hatte. Schon vorher war der Gaza-Streifen kaum mehr als ein riesiges Konzentrationslager, von allen Seiten umschlossen mit einem Elektrozaun, dem Mittelmeer oder der befestigten Grenze zu Ägypten. Jedoch wurde das Elend der 1,5 Millionen Menschen im Gaza-Streifen durch das Embargo enorm verschärft, so dass sie nun zum Überleben überwiegend auf kümmerliche Essensrationen von UN-Hilfsagenturen angewiesen sind. Seit Ende 2008, als ein Großteil des Gaza-Ghettos durch ununterbrochene Luftangriffe und eine Bodeninvasion von mehr als 10000 Soldaten zu Asche und Schutt zermahlen wurde, hat Israel mehr als 1300 Bewohner des Gaza-Streifens abgeschlachtet, viele davon Frauen und Kinder. Und gerade am 1. Juni wurden in Gaza drei Menschen durch einen israelischen Luftangriff getötet.

Die israelische Regierung hat die Teilnehmer der Flotte als „gewalttätige Extremisten“ und „Terroristen“ verunglimpft. In den Augen der chauvinistischen kapitalistischen Herrscher des zionistischen Garnisonsstaates ist jede Verteidigung des unterjochten palästinensischen Volkes „Terrorismus“. Dabei nehmen sie sich auch ein Vorbild an ihren US-imperialistischen Schutzherren, deren „Krieg gegen Terror“ von der US-, der deutschen und anderen kapitalistischen Regierungen benutzt wird, um Massaker und Staatsterror gegen die Unterdrückten auf der ganzen Welt zu rechtfertigen. Zu den sogenannten „Terroristen“ der Flotte gehörten tatsächlich europäische Parlamentarier, ein pensionierter US-Diplomat sowie bekannte Schriftsteller und Filmemacher. Israelische Behauptungen, die Kommandoeinheiten hätten das Feuer erst eröffnet, nachdem sie von Passagieren



Reuters

**Beim israelischen Kommandoüberfall auf das türkische Schiff Mavi Marmara (oben) wurden am 31. Mai in internationalen Gewässern mindestens neun Menschen getötet**



AFP

angegriffen worden seien, stehen im Gegensatz zu zahlreichen Augenzeugenberichten und werden durch Videoaufnahmen vom Angriff Lügen gestraft. Auf jeden Fall gilt, wie Greta Berlin es ausdrückte: „Leute hatten das Recht, sich gegen Soldaten zu verteidigen, die mit Maschinengewehren bewaffnet waren.“

Voller Wut über das Massaker gingen Menschen – von San Francisco und New York über Europa bis zum Nahen Osten – auf die Straße. Die Spartacist League, die SpAD und andere Sektionen der Internationalen Kommunistischen Liga beteiligen sich an den Protesten. In Istanbul, Türkei, versuchten Demonstranten, das israelische Konsulat zu stürmen. Wir sagen: Nieder mit der Hungerblockade des Gaza-Streifens! Verteidigt das palästinensische Volk! Alle israelischen Truppen und Siedler raus aus den besetzten Gebieten, einschließlich Ostjerusalem!

Hemmungslosen Terror gegen die Palästinenser verüben die israelische herrschende Klasse und ihre faschistoiden „Siedler“-Hilfstruppen seit jeher. In den letzten Jahren haben Israels Herrscher jedoch auch gezielt westliche Unterstützer der Palästinenser ins Visier genommen. 2003 töteten israelische Truppen zwei Aktivisten der propalästinensischen Organisation International Solidarity Movement (ISM): Die 23-jährige US-Amerikanerin Rachel Corrie wurde von einem Bulldozer zerquetscht, als sie versuchte, die Zerstörung eines palästinensischen Hauses zu verhindern; dem 21-jährigen britischen Fotojournalisten Tom Hurndall wurde

**Israelische Truppen und Siedler: Raus aus den besetzten Gebieten!**

von israelischen Soldaten in den Kopf geschossen, als er im Flüchtlingslager Rafah im Gaza-Streifen Kinder zu beschützen versuchte. In der Westbank wurde am 31. Mai der 21-jährigen US-Amerikanerin Emily Henochowicz durch Soldaten das linke Auge ausgeschossen, als sie gegen das Mavi-Marmara-Massaker protestierte.

Es überrascht nicht, dass das israelische Massaker von vielen Regierungen, nicht zuletzt dem Erdogan-Regime in der Türkei, einem inoffiziellen Sponsor der Flotte, verurteilt wurde. Die gleichen kapitalistischen Regime haben sich selbst als ebenso fähig erwiesen, Grausamkeiten gegen ethnische, religiöse und nationale Minderheiten zu verüben, wie die bürgerlichen Herrscher Israels. Was die Imperialisten angeht, so haben Britannien und Frankreich in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, als sie antikoloniale Aufstände brutal unterdrückten und ein Volk gegen das andere aufhetzten, die Grundlage für das andauernde Elend der Palästinenser und anderer Völker des Nahen Ostens gelegt.

Die US-Regierung unter der Demokratischen Partei und Präsident Barack Obama wiederum weigert sich, Israel auch nur zu tadeln. Seit Jahrzehnten ist Washington der Hauptwaffenlieferant des zionistischen Staats, wofür es mehrere Milliarden Dollar pro Jahr berappt. Am Vorabend des israelischen Blitzkriegs Ende 2008 im Gaza-Streifen machte der damalige US-Präsidentschaftskandidat Obama bei einem Israel-Besuch deutlich, dass unter seiner Regierung der zionistische Staat bei seinem antipalästinensischen Terror weiterhin freie Hand hätte.

Bei dem Protest am 31. Mai in New York war ein beliebter Sprecher: „Obama, es ist höchste Zeit – beende die israelischen Kriegsverbrechen!“ Die Obama-Regierung wird jedoch weder die israelischen Kriegsverbrechen beenden und noch weniger ihre eigenen. Der größte Feind der Arbeiter und unterdrückten Massen der Welt ist der US-Imperialismus, egal ob durch Demokraten oder Republikaner regiert. Heute verübt er regelmäßig Massaker an den Völkern Afghanistans und Pakistans. Und wenige Monate nachdem Washington das Erdbeben in Haiti ausnutzte, um 20000 Soldaten zu entsenden und dieses winzige und verarmte schwarze Land erneut zu besetzen, führte die Regierung von Jamaika auf Geheiß der US-Herrscher ein Polizeimassaker an Dutzenden Slumbewohnern in Kingston durch. Schluss mit US-Hilfe für Israel! US-Imperialisten – Hände weg von der Welt! Bundeswehr raus aus dem östlichen Mittelmeer!

Israels Angriff auf die zivile Hilfsflotte verdeutlicht, wie zwecklos die Versuche diverser reformistischer Linker sind, sich bei den „demokratischen“ imperialistischen Mächten

dafür einzusetzen, dass diese Druck auf Israel ausüben, damit es seine mörderische Unterdrückung abmildert. Norman Paech, ehemaliger Bundestagsabgeordneter der Linkspartei, der sich für die Palästinenser einsetzt und an Bord der Mavi Marmara war, sprach von „Kriegsverbrechen“ und vom Bruch „internationalen Rechts“. Dies reflektiert das illusionäre Konzept vieler Linker, die UNO und die OSZE unter Druck zu setzen, damit sie das Richtige tun, um eine Lösung für die Palästinenser zu erreichen. Tatsächlich war die vom US-Imperialismus dominierte UNO der Pate bei der Gründung Israels und der damit einhergehenden Vertreibung der Palästinenser. 1982 massakrierten mit Israel verbündete Falange-Milizen in den Palästinenser-Lagern Sabra und Schatila im Libanon 2000 Palästinenser unter der Aufsicht und offensichtlichen Billigung von UN-Truppen, die zuvor die PLO entwaffnet hatten. **Erinnert euch an Sabra und Schatila – kein Vertrauen in die UNO!**

Unterdrückung des palästinensischen Volkes ist Bestandteil des Zionismus seit seiner Entstehung in Europa in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als er die messianische Ersatz-Mission in Angriff nahm, „ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land“ zu erobern. Ungeachtet der Absichten einiger der frühesten sozialistisch eingestellten jüdischen Immigranten in Palästina hat das zionistische Projekt in der Praxis immer bedeutet, ein Volk aus dem Land zu vertreiben und durch ein anderes Volk zu ersetzen. Auf jahrzehntelange Landnahme folgte 1947/48 die Massenvertreibung von Palästinensern und die Ghettoisierung der Araber, die im neuen Staat Israel verblieben. Die Eroberung der besetzten Gebiete beflügelte 1967 die Träume von einem „Groß-Israel“ und führte zur weiteren Vertreibung von Palästinensern im Gaza-Streifen, in Ostjerusalem und in der Westbank, die inzwischen von einer Mauer umgeben und von Militärposten durchsetzt ist. Zur rechten Regierung von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu gehören Gestalten wie Außenminister Avigdor Lieberman, der offen für „Transfer“ eintritt – die völkermörderische Vertreibung aller palästinensischen Araber.

Der antizionistische US-Akademiker Norman Finkelstein hatte durchaus einen Punkt, als er Israel in einem Interview mit Russia Today TV am 31. Mai beschrieb als „einen durchgeknallten Staat mit 200 bis 300 Atomwaffen, der tagtäglich Iran und die Hisbollah im Libanon mit Krieg bedroht“. Es ist erwähnenswert, dass das Massaker auf dem türkischen Schiff erfolgte, nachdem nur zwei Wochen zuvor die USA und Israel einen von der Türkei und Brasilien arrangierten Deal verurteilten, in dessen Rahmen Iran mit Brennstoff für seine Nuklearreaktoren versorgt werden sollte. Während Washington versucht, das imperialistische Wirtschaftsembargo gegen den Iran zu verschärfen, spricht Israel weiterhin offen davon, das Land zu bombardieren. Solche Drohungen unterstreichen, dass Iran Nuklearwaffen braucht, um sich gegen die Imperialisten und ihre Juniorpartner zu verteidigen.

Israel/Palästina ist ein Paradebeispiel der völkermörderischen Logik des bürgerlichen Nationalismus, besonders im Hinblick auf die Auswirkungen auf diese Völker, die geografisch vermischt sind. Die nationale Befreiung des palästinensischen Volkes – einschließlich des Rechts aller Flüchtlinge und ihrer Nachkommen, in ihre Heimat zurückzukehren – erfordert notwendigerweise Arbeiterrevolutionen, um den zionistischen Staat von innen zu zerschmettern und um die benachbarten herrschenden Kapitalistenklassen in Syrien, Jordanien und im Libanon wegzufügen, die selbst über beträchtliche palästinensische Bevölkerungsteile herrschen. Die nationalen Rechte sowohl des palästinensisch-arabischen als auch des hebräischsprachigen Volkes – ebenso die der Kurden und unzähliger anderer – werden allein im Rahmen einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens gesichert sein.

Die Länder des Nahen Ostens sind, ungeachtet der zunehmenden Verfestigung ultrachauvinistischer und reli-



HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

### Abonniert die Zeitung der SpAD!

- Jahresabo: € 4,-  
 Auslandsabo: € 7,50  Übersee Luftpost: € 10,-  
 Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Bestellt bei: Verlag Avantgarde, Postfach 23555, 10127 Berlin  
 Konto 11988-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 10060  
 IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF

184

## Apologeten des französischen Neokolonialismus in Afrika

# Frankreich: Sozialdemokratische NPA unterstützt Militärputsch in Niger



AFP

Der folgende Artikel ist übersetzt aus Le Bolchévik, Nr. 191, März 2010, Zeitung der Ligue trotskyste de France.

Am 18. Februar ereignete sich ein militärischer Staatsstreich in Niger, einem der ärmsten Länder der Erde. Dieses von der Sahelwüste umschlossene Land besitzt wichtige Uranminen, die seit 40 Jahren von der französischen Areva-Gruppe (und ihren Vorläufern) ausgebeutet werden – aus dem Niger stammt knapp die Hälfte ihrer jährlichen Uranförderung. Uranerz ist ein strategisch wichtiges Metall, insbesondere für den französischen Imperialismus mit seinen Atomkraftwerken – und seinen Atombomben. Niger, dessen Unabhängigkeit General de Gaulle 1960 organisiert hatte, bleibt fest gefangen im neokolonialen französischen Hinterhof. Der französische Präsident Sarkozy und Gabuns Präsident Ali Bongo, dessen Vater Omar schon 42 Jahre geherrscht hatte, haben gerade offiziell erklärt, dass dieses sogenannte Françafrique [Französisch-Afrika] der Vergangenheit angehört.

Aber dann besaß der Präsident des kapitalistischen Staats



Francois Lafite

Links: Putschisten versammeln sich im nigerischen Niamey im Februar. Rechts: Olivier Besancenot, Sprecher der Neuen Antikapitalistischen Partei, die Militärputsch hochjubelte

Niger, Mamadou Tandja, die Unverfrorenheit, die Preise mit Areva neu verhandeln zu wollen, und er versuchte sich auf den bürokratisch deformierten Arbeiterstaat China zu stützen als Gegenpol zum französischen Imperialismus. Das ist in den Augen des französischen Imperialismus wahrlich ein Verbrechen, das schwerer wiegt als die physische Liquidierung einiger Oppositioneller oder die Auflösung des Parlaments: Berichten zufolge soll Tandja irgendwo in einem Militärcamp in Einzelhaft gesteckt worden sein.

Wenn es etwas Neues in Françafrique gibt, dann nicht so sehr, dass Tandja nicht sofort von Kugeln zersiebt wurde. Sondern vor allem, dass es in Frankreich jetzt eine sozialdemokratische Organisation gibt, die sich früher selbst als „links-extrem“ oder gar als „trotskistisch“ bezeichnete und die jetzt den militärischen Staatsstreich unterstützte, der Tandja abgesetzt hat. Die Neue Antikapitalistische Partei (NPA) von Olivier Besancenot hat in der Tat einen Artikel herausgegeben (*Tout est à nous*, 25. Februar), der Tandja schon in der Über-

gänger Reaktion in Teilen der hebräischsprachigen Bevölkerung und des Anwachsens von islamischem Fundamentalismus innerhalb der palästinensischen und anderer arabischer Bevölkerungen, in Klassen gespaltene Gesellschaften. Insbesondere in Ägypten gab es in den letzten Jahren eine anwachsende Flut von Arbeiterprotesten und Streiks. Trotz enormer Sympathie unter Ägyptern für die Palästinenser arbeitet das Regime von Hosni Mubarak, das seit Jahrzehnten unter einem Ausnahmezustand herrscht, bei der Durchsetzung der Blockade des Gaza-Streifens aktiv mit den zionistischen Herrschern zusammen.

Die Solidarität unter den Völkern des Nahen Ostens mit dem unterdrückten palästinensischen Volk muss in Richtung proletarischer Revolution gegen ihre eigenen Herrscher geleitet werden, die – egal ob bürgerliche Nationalisten oder islamische Traditionalisten – grundlegend Werkzeuge des westlichen Imperialismus sind. Im Gegenzug würde revolutionärer Kampf im Iran und in den arabischen Ländern helfen,

die hebräischsprachige Arbeiterklasse, zu der auch eine große Zahl unterdrückter und verarmter sephardischer Juden gehört, vom Gift des zionistischen Chauvinismus loszubrechen. Ein Fünftel der Bevölkerung Israels sind außerdem palästinensische Araber, die seit der Geburt des zionistischen Staates 1948 krasser Diskriminierung ausgesetzt sind.

Es ist im Klasseninteresse der Arbeiter Israels, den zionistischen kapitalistischen Staat zu zerschlagen und ihre Ausbeuter wegzufegen. Doch damit es dazu kommt, müssen *Klassengrundsätze* die Oberhand gewinnen. Notwendig ist die Schmiedung multinationalaler, multiethnischer marxistischer Arbeiterparteien im ganzen Nahen Osten, die in Gegnerschaft zu allen Formen des Nationalismus und religiösem Fundamentalismus aufgebaut werden. Solche Parteien sind die unverzichtbaren Werkzeuge, um einen erfolgreichen Kampf für sozialistische Revolution zu führen, der auf internationaler Ebene schließlich die Tür für menschliche Gleichheit und Befreiung öffnen kann. ■

schrift die Schuld dafür zuweist, was ihm widerfährt („Niger – ein Gegenputsch“); der schlimme Tandja hätte das Parlament antidemokratisch aufgelöst und sein eigenes Mandat durch eine manipulierte Volksabstimmung verlängert. Der Artikel fährt fort: „Die Machenschaften des Präsidenten waren von der Internationalen Gemeinschaft verurteilt ... und von vielen als konstitutioneller Staatsstreich bezeichnet worden.“ Die „Internationale Gemeinschaft“ (groß geschrieben), das ist der Begriff, mit dem die NPA nun offensichtlich den französischen Imperialismus, dessen Regierung unter Sarkozy, dessen Außenminister Kouchner sowie deren Verbündete bezeichnet. Trotz der Anweisungen der „Internationalen Gemeinschaft“ wollte der sturköpfige Tandja laut NPA „die VI. Republik aufrechterhalten (die in autokratischer Weise errichtet wurde)“. Die NPA verurteilt im Folgenden „diese Manöver von Tandja, um sich an der Macht zu halten, und seinen offensichtlichen Starrsinn, der Verhandlungen mit der Opposition blockierte“.

Und so begrüßt die NPA die Militärintervention und gibt Ratschläge an den Quai d'Orsay (französisches Außenministerium) und Nigers neuen Diktator Salou Djibo, der erklärt, dass er Wahlen organisieren und eine neue Verfassung vorbereiten will: „Einige Beobachter betrachten diesen Putsch als eine Möglichkeit, das Abrutschen in Richtung Autokratie zu beenden... Wenn das Ziel des Staatsstreichs war, das Land von einer Diktatur zu befreien, dann sollen sie das konsequent zu Ende bringen und nicht dem Machtrausch erliegen wie in Guinea, im Tschad, in Togo...“ Und weiter: „Konfrontiert mit einer drohenden Hungersnot, mit sich selbst überlassenen lokalen Bevölkerungsgruppen (besonders den Tuareg) und mit dem Fluch, den seine reichen Bodenschätze darstellen, muss Niger von diesem Situationswandel profitieren. Dafür muss man Niger freie Hand lassen und die Schwarzweiß-Politik, entweder zu schweigen oder sich einzumischen, wirklich beenden.“

Für die NPA besteht der „Fluch“ Nigers nicht in der Unterjochung durch den französischen Imperialismus, sondern im Reichtum seiner Bodenschätze! So obszön proimperialistisch diese Äußerungen auch sein mögen – man kann nicht erwarten, dass sie Empörung in den Reihen der NPA hervorrufen werden. Die NPA ist eine zutiefst sozialdemokratische Organisation, und als solche stützt sie sich auf die Gewerkschaftsbürokratie und die Arbeiteraristokratie (sowie bei der NPA in ausgeprägter Weise auf das Boheme-Kleinbürgertum), die von den Imperialisten gekauft sind. Die Mittel dafür holen sich die Imperialisten insbesondere aus genau den Extraprofiten, die sie den Kolonien und Neokolonien entziehen, wie durch die Ausplünderung Nigers

seit mehr als 100 Jahren. So erklärte Lenin 1915 in *Sozialismus und Krieg*:

„Die ökonomische Grundlage des Opportunismus und des Sozialchauvinismus ist ein und dieselbe: die Interessen einer ganz geringfügigen Schicht von privilegierten Arbeitern und Kleinbürgern, die ihre privilegierte Stellung, ihr ‚Recht‘ auf Brocken vom Tische der Bourgeoisie verteidigen, auf Brocken von den Profiten, die ‚ihre‘ nationale Bourgeoisie durch die Ausplünderung fremder Nationen, durch die Vorteile ihrer Großmachtstellung usw. einstreicht.“

Das schlagende Argument der NPA, um sich in Habachtstellung hinter ihre eigene Bourgeoisie zu bringen, ist die Frage der „Demokratie“. Gerade im Namen des Kampfes für die „Demokratie“ hatte der NPA-Vorläufer, die Ligue communiste révolutionnaire von Alain Krivine, die proimperialistische konterrevolutionäre Solidarność in Polen zu Beginn der 1980er-Jahre unterstützt und auch den bürgerlichen rechten Politiker Chirac bei den Präsidentschaftswahlen 2002. Von da zur Unterstützung einer Militärjunta in Französisch-Afrika war nur ein kleiner Schritt, den die NPA ungeniert gemacht hat.

Die Demokratie ist für die Bourgeoisie nur ein gewöhnliches Gewand, mit dem sie ihre eigene blutige Diktatur gegen die Klassen und Schichten verschleiert, die sie ausbeutet und unterdrückt. Indem die NPA die Hauptfrage unter den Tisch kehrt, nämlich Demokratie *für welche Klasse?*, spricht sie sich bedingungslos für die Macht der Bourgeoisie aus; wenn möglich demokratisch, und wenn nicht – ebenfalls, und immer gegen die Diktatur des Proletariats (die schließlich nur für die Arbeiter und Unterdrückten demokratisch ist). Lenin schrieb in seiner Polemik gegen den Renegaten Kautsky:

„Es gibt keinen einzigen Staat, und sei es auch der demokratischste, wo es in der Verfassung nicht Hintertürchen oder Klauseln gäbe, die der Bourgeoisie die Möglichkeit sichern, ‚bei Verstößen gegen die Ruhe und Ordnung‘ – in Wirklichkeit aber, wenn die ausgebeutete Klasse gegen ihr Sklavendasein ‚verstößt‘ und versucht, sich nicht mehr wie ein Sklave zu verhalten – Militär gegen die Arbeiter einzusetzen, den Belagerungszustand zu verhängen u. a. m.“

Im Fall von Niger erreicht die NPA den Gipfel des Grotesken, indem sie eine Militärjunta unterstützt, die sie als eine Etappe zur Errichtung der „Demokratie“ darstellt. Wenn die NPA die Demokratie in Frankreich in rosa-grünen Farben sieht, scheint Khaki für sie eine gut passende Farbe für Afrika zu sein! Nach hundert Jahren Gräueltaten des französischen Imperialismus in Niger und in der Region sind diese Länder in einem furchtbaren und wachsenden Elend versunken. Die Arbeiterklasse ist in diesem Teil Afrikas fast nicht vorhanden, was bedeutet, dass die einzige soziale Kraft fehlt, die in der Lage ist, die Führung aller Unterdrückten zu übernehmen, um ein für alle Mal das imperialistische Joch abzuschütteln und für eine internationale sozialistische Revolution zu kämpfen. Tatsächlich sind es die immigrierten Arbeiter Westafrikas in Frankreich, die eine strategische Rolle spielen und eine lebendige Brücke zwischen dem Kampf für Revolution in Frankreich und in diesen Ländern bilden können. Deshalb ist es so wesentlich, in Frankreich selbst gegen die durch den französischen Imperialismus im Ausland entstandenen Verwüstungen zu kämpfen und den Kapitalismus hier sowie in der ganzen Welt zu stürzen. Dann erst können wir beginnen, die verheerenden Schäden imperialistischer Unterdrückung zu beseitigen und die Grundlagen für eine Gesellschaft des Überflusses zu legen, die auf einer kollektivierten und international geplanten Wirtschaft beruht. *Französischer Imperialismus: raus aus Afrika!* ■

### **Seminarreihe der Spartakist-Jugend Berlin**

Freitag, 9. Juli:

**„Dritte Welt“: Proletarische Perspektive  
statt bürgerlichem Populismus**

**Trotzkis Theorie  
der permanenten Revolution**

Freitag, 23. Juli:

**Verteidigt die Palästinenser!  
Für arabisch-hebräische Arbeiterrevolution!**

**Marxistische Analyse  
des Nahost-Konflikts**

Jeweils 18.30 Uhr im Mehringhof, Blauer Salon,  
Gneisenaustraße 2a, Nähe U-Bhf. Mehringdamm

# Verteidigt Nordkorea gegen imperialistische Drohungen!

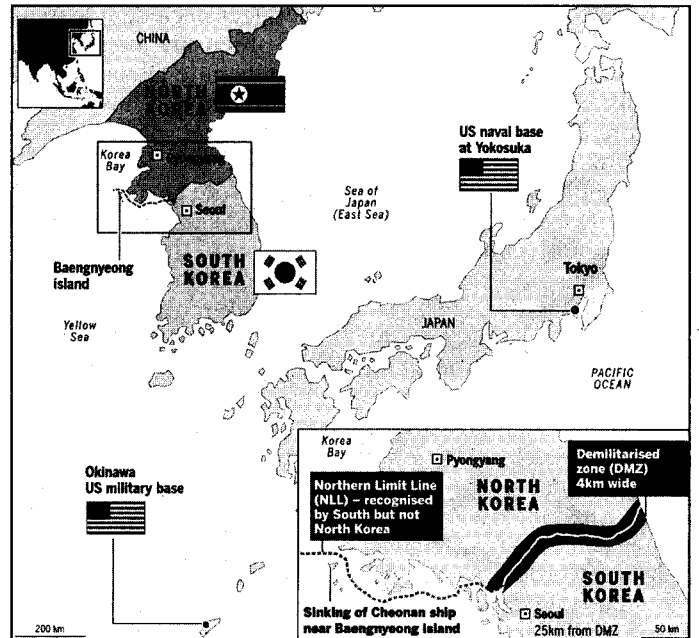
Nachfolgender Artikel ist übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 960, 4. Juni, Zeitung unserer amerikanischen Schwesterorganisation Spartacist League/U.S.

31. Mai – Die Regierung von Barack Obama und die Juniorpartner des US-Imperialismus in Seoul haben den Untergang eines südkoreanischen Kriegsschiffes, der Cheonan, am 26. März vor Nordkoreas Westküste zum Anlass genommen, ihre Drohungen und Provokationen gegen Nordkorea stark zu eskalieren. Während ihrer Reise durch asiatische Hauptstädte prangerte US-Außenministerin Hillary Clinton den Vorfall als „nicht akzeptable Provokation“ seitens Nordkoreas an. Südkoreas rechter Präsident Lee Myung-bak kündigte an, seine Regierung werde den Handel mit Nordkorea fast völlig einstellen, und er drängte auf einen Beschluss des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, der zu weiteren Sanktionen führen könnte. Die USA und Südkorea kündigten für Juni gemeinsame Marineübungen an, wo auch trainiert werden soll, nordkoreanische Handelsschiffe abzufangen, die beschuldigt werden, „verbotene Ladung“ mitzuführen.

Für uns als Marxisten sind bei dieser Affäre nicht die Behauptungen entscheidend, wer für den Untergang verantwortlich war, sondern *Klassenkriterien*: Obwohl Nordkorea die Last einer nationalistischen stalinistischen Bürokratie am Hals hat, ist es ein Arbeiterstaat, der auf dem Sturz der kapitalistischen Herrschaft basiert. Es ist im starken Interesse des Proletariats auf der ganzen Welt, für die bedingungslose militärische Verteidigung Nordkoreas gegen den kapitalistischen Süden, den amerikanischen und japanischen Imperialismus und auch gegen einheimische kapitalistische Konterrevolution einzustehen. Das schließt auch ein, Nordkoreas Entwicklung eines Nuklearwaffenpotenzials zu verteidigen.

Seit die Herrschaft der Kapitalisten/Großgrundbesitzer in Nordkorea nach dem Zweiten Weltkrieg gestürzt wurde, versuchten die US-Imperialisten andauernd, das Land zu zerstören. Zu jener Zeit fegten gewaltige soziale Erhebungen über die koreanische Halbinsel, im Norden begünstigt durch die Präsenz der sowjetischen Armee. Ergebnis davon war die Befreiung dieses Teils des Landes von imperialistischer Vorherrschaft und die Einrichtung proletarischer, vergesellschafteter Eigentumsformen.

Unter der Ägide der UNO verwüsteten die USA und ihre imperialistischen Verbündeten im Koreakrieg 1950–53 die Halbinsel, sie töteten etwa drei Millionen Menschen bei ihrem Versuch, nicht nur die soziale Revolution in Korea zu zerschlagen, sondern auch die Chinesische Revolution von 1949. Nach einer massiven chinesischen Militärintervention auf Seite des Nordens endete der Krieg in einem Patt am 38. Breitengrad. Seit jener Zeit hielt der US-Imperialismus eine starke militärische Präsenz im Süden aufrecht und half mehr als drei Jahrzehnte lang dabei, eine Reihe mörderischer Militärregime zu stützen. In jüngerer Zeit war es Südkorea aufgrund seiner wirtschaftlichen Entwicklung möglich, sein eigenes Militär zu modernisieren, was die USA in die Lage versetzte, ihre Streitkräfte zu reduzieren. Trotzdem sind weiterhin etwa 26.000 US-Soldaten in Südkorea stationiert – ein Dolch, der sich sowohl gegen die kämpferische südkoreanische Arbeiterklasse richtet als auch gegen den bürokratisch deformierten Arbeiterstaat Nordkorea, dessen bloße Existenz Washington daran erinnert, dass sie es nicht



Grafik: Financial Times

**Das südkoreanische Schiff sank unmittelbar vor der Küste Nordkoreas. Die Karte zeigt außerdem US-Militärbasen im benachbarten Japan**

schaften, in Ostasien „den Kommunismus zurückzurollen“. Sofortiger Abzug aller US-Truppen aus Korea!

Was auch immer tatsächlich in der Nacht des 26. März passierte: Es ist klar, dass die „offizielle“ Geschichte zum Himmel stinkt. Zunächst spielten Sprecher der USA und Südkoreas eine Verwicklung Nordkoreas herunter, dann sagten sie, das Schiff sei vielleicht aufgrund einer Mine aus dem Koreakrieg gesunken, und erst nach fast zwei Monaten lieferten sie dann einen Bericht (der noch nicht veröffentlicht ist), in dem behauptet wird, ein nordkoreanischer Torpedo sei verantwortlich. Als ein Mitglied des Untersuchungsteams sagte, es scheine, dass der Untergang der Cheonan ein Unfall gewesen sei und dass Beweismittel, die vermeintlich Nordkorea damit in Verbindung bringen, manipuliert worden seien, wurde er von der Staatsanwaltschaft zum Verhör befohlen und das Verteidigungsministerium forderte, die Nationalversammlung solle ihn wegen „Erregung öffentlichen Misstrauens“ aus der Untersuchung ausschließen (*Bloomberg Businessweek*, 29. Mai).

Inzwischen brandmarkte ein Militärsprecher des Pjöngjang-Regimes den Vorfall als „Lügenmärchen und Farce, in Szene gesetzt von den Marionettenbehörden in Südkorea“, wie die nordkoreanische Nachrichtenagentur KCNA (28. Mai) berichtete. Tatsächlich ist Südkoreas „Untersuchung“ etwa so glaubwürdig wie Washingtons Erklärungen nach dem Vorfall 1964 im Golf von Tonkin, der inszeniert wurde, um den schmutzigen Krieg der USA gegen die vietnamesischen Arbeiter und Bauern zu eskalieren. Und wer erinnert sich nicht an die verlogenen Behauptungen der USA, der Irak unter Saddam Hussein hätte „Massenvernichtungswaffen“, was als Vorwand für die US-geführte Invasion im Jahr 2003 diente. Aber selbst wenn Nordkoreas Marine die Cheonan wirklich versenkt haben sollte, wäre es ein Akt der Verteidigung gegen wiederholte Provokationen

der USA und Südkoreas.

Das Gebiet, in dem das Schiff versank, etwas westlich der Insel Baengnyeong, war schon seit Jahren Schauplatz südkoreanischer Provokationen gegen den Norden. Die Insel Baengnyeong ist weniger als 17 Kilometer von Nordkoreas Westküste entfernt und liegt näher an Nordkoreas Hauptstadt Pjöngjang als jeder andere Teil südkoreanischen Territoriums. Die Gewässer vor dieser Insel wurden durch die „Northern Limit Line“ von Nordkorea getrennt, eine völlig künstliche „Grenze“, die die US-Besitzer nach dem Koreakrieg einseitig zogen und die der Norden nie anerkannte. Dieses imperialistische Manöver leistete gute Dienste. 1999 versank ein nordkoreanisches Schiff nach Beschuss durch Südkorea, 20 Seeleute wurden vermisst. 2002 gab es auf Seiten Nordkoreas mindestens 30 Tote durch einen Schusswechsel mit südkoreanischen Kriegsschiffen. Und letzten November wurde ein nordkoreanisches Patrouillenboot schwer beschädigt und mindestens ein Seemann getötet, nachdem südkoreanische Schiffe tausende Salven abgefeuert hatten. Man beachte, dass kurz vor dem Vorfall mit der Cheonan Militärübungen mit etwa 26 000 Soldaten der USA und Südkoreas stattfanden, nur wenig südlich eben dieser Gewässer.

Das imperialistische Japan, dessen 40 Jahre andauernde, besonders bösartige Kolonialbesetzung Koreas erst durch Japans Niederlage im Zweiten Weltkrieg endete, hat die Provokationen gegen Nordkorea von vorne bis hinten unterstützt. Die japanischen Medien sind voll von Aufrufen für gemeinsame Militärmanöver von USA und Südkorea, da dies den Norden zwänge, sich „permanent auf Krieg vorzubereiten“ und damit weiter die Wirtschaft verwüsten würde. Die Sozialdemokratische Partei (SDP) und die sozialpatriotische Kommunistische Partei Japans (JCP) stimmten in den reaktionären Chor mit ein, und die JCP verurteilte die „gesetzlose und gewaltsame Militäraktion“ Nordkoreas (*Akahata*, 22. Mai).

Yukio Hatoyama, der als japanischer Ministerpräsident mit dem Versprechen kandidiert hatte, die US-Militärbasis in Okinawa zu schließen, verwies letzte Woche auf „die Situation auf der koreanischen Halbinsel“ und die Notwendigkeit einer „Abschreckungsmacht“ als Begründung dafür, einem Erhalt der US-Basis zuzustimmen. Diese Entscheidung entfachte erneut einen Aufruhr in Japan, wo wiederholt Tausende gegen die US-Präsenz in Okinawa protestiert hatten, und erzwingen den Rückzug der SDP aus der Koalitionsregierung. Als revolutionäre Gegner des US-Imperialismus fordern wir den Abzug aller US-Basen und -Soldaten aus Japan, diese stellen eine besondere Drohung gegenüber den deformierten Arbeiterstaaten Nordkorea und China dar. Die Spartacist League/U.S. schließt sich unseren Genossen der Spartacist-Gruppe Japan an und fordert: Zerschlagt das konterrevolutionäre Bündnis des US- und japanischen Imperialismus durch Arbeiterrevolution auf beiden Seiten des Pazifiks! Keinen Mann, keinen Pfennig für das bürgerliche Militär!

Die größte Bedrohung für die Arbeiter und Unterdrückten der Welt ist der US-Imperialismus, dessen Herrscher nicht nur die Mittel angehäuft haben, die Welt mehrfach zu

zerstören, sondern die auch bereits einen nuklearen Holocaust durchführten, als sie 1945 durch die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki etwa 200 000 Japaner einäscherten. Indem Nordkorea die Verletzung des Atomwaffen-Sperrvertrags vorgeworfen wird, macht Obamas kürzlich veröffentlichte aktuelle Ausgabe der „Nuclear Posture Review“ [etwa: Stand der atomaren Situation, herausgegeben von der US-Regierung] das Land weiterhin zur Zielscheibe eines Nuklearschlags. Angesichts solcher Drohungen ist es für Nordkorea nicht nur rational, sondern notwendig, seine Entwicklung atomarer Waffen und entsprechender Trägersysteme fortzuführen, um einen imperialistischen Angriff abzuschrecken.

Die Verteidigung des nordkoreanischen und anderer deformierter Arbeiterstaaten wird untergraben durch die Herrschaft ihrer nationalistischen stalinistischen Bürokratien, deren Politik zusammengefasst ist in dem Dogma vom „Aufbau des Sozialismus in einem Land“. Die privilegierten Bürokratien stellen sich gegen den Kampf für internationale proletarische Revolution und suchen stattdessen vergeblich nach „friedlicher Koexistenz“ mit dem Imperialismus. Bis jetzt hat sich der chinesische Premierminister Wen Jiabao trotz intensiven Drucks seitens der USA geweigert, Nordkorea wegen Versenkung der Cheonan zu verurteilen. Aber 2006 und erneut 2009 stimmte das chinesische stalinistische Regime nach Raketentests von Pjöngjang kriminellerweise im UN-Sicherheitsrat für Sanktionen gegen Nordkorea. Die Sanktionen von 2009 ermutigten Mitgliedsstaaten der UN, Frachtschiffe und Flugzeuge Nordkoreas, die des Transports militärischen Materials „verdächtig“ waren, zu inspizieren.

Ebenso versuchte Beijing verräterischerweise, Pjöngjang dazu zu drängen, die „Sechser-Gespräche“ (USA, China, Japan, Russland und die zwei koreanischen Staaten) wieder aufzunehmen, deren Ziel es ist, Nordkorea zu entwaffnen. Beijings unterwürfige Besänftigung des Imperialismus gefährdet nicht nur Nordkorea, sondern unterminiert auch gefährlich die Verteidigung Chinas selbst – das Hauptziel des imperialistischen Drangs nach kapitalistischer Konterrevolution.

Auf ähnliche Weise unterminiert der extreme Nationalismus von Kim Jong Ils Vetternwirtschaftsregime die Verteidigung Nordkoreas. Die Stalinisten in Pjöngjang fordern schon lange die „friedliche Wiedervereinigung“ mit dem Süden – ein Rezept, um Korea auf kapitalistischer Basis wiederzuvereinen. Viele Südkoreaner fühlen sich in irgendeiner Weise solidarisch mit dem Norden, was auf starken nationalistischen Gefühlen basiert, genährt von einem Jahrhundert der Oberherrschaft durch den japanischen und den amerikanischen Imperialismus. Tatsächlich glaubt ein Viertel der Bevölkerung Berichten zufolge nicht, dass Seouls Darstellungen über die Cheonan der Wahrheit entsprechen. Aber Korea ist entlang einer *Klassenlinie* geteilt. Der koreanische Nationalismus, der sowohl von der Bürokratie Nordkoreas als auch von der Linken in Südkorea propagiert wird, führt nur dazu, die machtvolle und kämpferische Arbeiterklasse Südkoreas an ihre eigene herrschende Klasse zu ketten. Wir kämpfen für die *revolutionäre* Wiedervereinigung Koreas durch sozialistische Revolution im Süden und proletarisch-politische Revolution im Norden.

Die Verteidigung von China und Nordkorea ebenso wie der deformierten Arbeiterstaaten Vietnam und Kuba ist untrennbar verbunden mit dem Kampf für sozialistische Revolutionen in den fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften – wichtig für Asien ist hier der Kampf im industriellen Machtzentrum Japan sowie im Innern der US-imperialistischen Bestie. Die Internationale Kommunistische Liga hat das Ziel, die proletarischen Avantgardeparteien zu schmieden, die nötig sind, um diese Aufgabe durchzuführen.■

**Besucht die Website der  
Internationalen  
Kommunistischen Liga!**

[www.spartacist.org](http://www.spartacist.org)



# Zum Tod des Faschisten Terre'Blanche

## Südafrika: Unterdrückung der Schwarzen unter Neo-Apartheid

Der nachfolgende Artikel der Genossen von Spartacist South Africa wurde in Workers Vanguard Nr. 958, 7. Mai veröffentlicht.

Johannesburg – Durch den gewaltsamen Tod von Eugène Terre'Blanche, Führer der faschistischen Afrikaner Weerstandsbewegung (AWB) mit ihrer Weiße-Herrenmenschen-Ideologie, stiegen die Rassenspannungen zwischen Schwarzen und Weißen auf ein Niveau, das es zumindest seit der Ermordung von Chris Hani, einem Führer der Kommunistischen Partei Südafrikas (SACP), im Jahr 1993 nicht mehr gegeben hatte. Täter waren angeblich zwei von Terre'Blanches schwarzen Arbeiter, darunter ein 15-Jähriger. Die Tat ereignete sich am Samstag, dem 3. April, auf Terre'Blanches Farm in Ventersdorp, Nordwestprovinz, im Zuge einer Auseinandersetzung über ausstehenden Lohn, der gerade mal 300 Rand [32 Euro] im Monat beträgt und den er den beiden Arbeitern schuldet. Der ältere der Arbeiter, 28 Jahre alt, gibt an, sie hätten zu ihrer Selbstverteidigung gehandelt.

Die Reaktionen rechter Afrikaander-Rassisten, der vornehmlich weißen Bourgeoisie, ihrer Sprachrohre bei den bürgerlichen Medien und der Spitzen der herrschenden kapitalistischen Dreierallianz – Afrikanischer Nationalkongress (ANC), SACP und Kongress Südafrika-



Reuters

Ventersdorp, Südafrika, 6. April: Schwarze Demonstranten in Solidarität mit den angeklagten Farmarbeitern

### Für eine zentral von Schwarzen getragene Arbeiterregierung!

nischer Gewerkschaften (COSATU) – reichten von Wut und Rachedrohungen bis zur Verurteilung der Bluttat und zu „Ruhe“ mahnenden Lobreden auf Terre'Blanche. (Die Regierung sorgt sich vor allem angesichts der Fußball-WM wegen negativer internationaler Schlagzeilen.) Deswegen erschien Präsident Jacob Zuma am Abend nach der Tat im Fernsehen und betrauerte groteskerweise den Tod „eines Führers seines Ranges“. Zumas Partner in der nationalistischen Volksfront, die reformistische SACP, rief ebenfalls zur „Ruhe“ auf und bekundete in einer erbärmlichen Erklärung vom 5. April „Bedauern und Betroffenheit“ über den Tod: „Unser Beileid für die Terre'Blanche-Familie.“

Dagegen nahm der Großteil der schwarzen Massen den Tod dieses weißen Rassisten mit Freude und Erleichterung auf, aber auch mit Furcht vor Racheakten durch rassistische Farmer und andere Weiße. Im Gegensatz zur SACP, die die angeklagten Farmarbeiter als Mörder brandmarkt und „ihre eigene“ kapitalistische Regierung auffordert, bei der Bestrafung „schnell zu handeln“, treten wir für das Recht von Farmarbeitern und anderen Arbeitern auf Selbstverteidigung ein, eine Überlebensfrage angesichts der regelmäßigen rassistischen Angriffe, denen sie seitens ihrer Bosse ausgesetzt sind. **Freiheit für die Angeklagten! Alle Anklagen müssen fallengelassen werden!**

Diese Rassenpolarisierung zeigt den völligen Bankrott

des ANC/SACP/COSATU-Projektes der „Nationenbildung“ und entlarvt ihr Gefasel über die „Regenbogennation“ und über „Rassenvorurteilslosigkeit“ als miesen Betrug.

Ein sehr kleiner, hauptsächlich aus Farmbesitzern bestehender Teil der vorwiegend Afrikaans sprechenden weißen Bevölkerung lehnte das „Power-Sharing“-Abkommen von 1994 zwischen der von Nelson Mandelas ANC angeführten Dreierallianz und der Regierung der weißen Minderheit von F.W. De Klerks Nationalpartei ab. Sie wollten lieber für eine rein weiße Republik kämpfen, in der sie innerhalb eines mehrheitlich schwarzen Südafrikas Selbstverwaltung ausüben könnten. Das ist das Programm von Terre'Blanches AWB. Diese rassistischen Farmbesitzer lehnten nicht nur das politische Abkommen von 1994 ab, sondern weigerten sich auch, Gesetze umzusetzen, die den sklavenähnlichen Status der schwarzen Arbeiter auf diesen Farmen verbessern sollten. Diesen Arbeitern wird das Recht verwehrt, Gewerkschaften beizutreten oder auch nur wählen zu gehen. Wenn die Arbeiter tot sind, verweigern die Farmer ihren Familien eine Grabstätte auf der Farm, auf der sie ihr ganzes Leben lang gearbeitet haben, da diese Gräber vielleicht als Nachweis für zukünftige Landansprüche dienen könnten. Oft werden bestehende Gräber von diesen wahnsinnigen Rassisten absichtlich zerstört. Über eine Million Farmarbeiter wurden seit 1994, dem Beginn der Neo-Apartheid im kapitalistischen Südafrika, aus Farmen vertrieben; dies blieb völlig ungestraft.

Andere Gräueltaten, die Farmarbeitern angetan werden: Sie werden erschossen, weil man sie „irrtümlich“ für Hunde, Paviane oder Warzenschweine gehalten habe; sie werden auf Betonpisten hinter Lastwagen hergeschleift, dabei werden Fleischstücke aus ihrem Körper herausgerissen; sie werden lebendig in Löwenkäfige geworfen; die Liste ist einfach endlos. In der Woche nach dem Tod von Terre'Blanche wurde sieben Farmarbeitern von ihrem Boss aus Rache der

Kopf mit einer Eisenstange eingeschlagen, einfach nur weil sie schwarz waren. Außerhalb Ventersdorp wurde eine junge schwarze Frau aus Rache von ihrem Boss Henning Buys brutal vergewaltigt, der einfach 1000 Rand Kaution bezahlte und abzog, ohne dass ihm von der örtlichen Polizei auch nur Blutproben abgenommen worden waren. Das Leben schwarzer Farmarbeiter ist in den 16 Jahren des „neuen“ Südafrikas immer noch die Hölle auf Erden, die Herr-Sklave-Beziehung zu ihrem Boss besteht weiter.

Die Antwort sowohl der Schwarzen als auch der Weißen zeigt ein Land, das von so tiefen Rassegegensätzen gekennzeichnet ist, dass selbst der Tod eines Führers einer solchen rassistischen weißen Randorganisation wie der AWB Ängste vor einem unmittelbar drohenden Rassenkrieg hervorrufen kann. Die Führer der AWB und anderer weißer Organisationen beschuldigten den Führer des ANC-Jugendbundes Julius Malema, Rassenspannungen anzuheizen, weil er das alte Kampflied des Anti-Apartheid-Kampfes anstimmte mit der Textzeile „Töte den Boer.“ [„Boer“ ist Afrikaans für „Farmer“. Es wird auch benutzt zur Bezeichnung der Afrikaander im Allgemeinen.] Sowohl die SACP- als auch die COSATU-Spitzen verurteilten den gewaltsamen Tod und bezeichneten die Tat als kriminell, ungeachtet der ihnen bekannten Lebensbedingungen von Farmarbeitern, die sie nur als Nebenbemerkung erwähnten. Beide Organisationen beschuldigten Terre'Blanche, sich der Demokratie und der Versöhnung widersetzt zu haben. So betrachten sie es als vorrangig, den Neo-Apartheid-Kapitalismus, den sie mitverwalten und in dem die Verelendung der schwarzen Massen fortbesteht, zu verteidigen.

Diese andauernde Verelendung der schwarzen Massen und die überkochende Wut an der Basis der Gesellschaft sind die Erklärung für die Rassenpolarisierung, egal welchen Slogan Malema nun gerufen hat. Nationalistische Demagogen wie Malema nutzen solche vorherrschenden Umstände aus, um ihre eigenen Privilegien und ihre bürgerlich-nationalistische politische Karriere zu fördern. Tatsächlich sind die Opfer von Nationalisten, die Losungen wie „Töte den Boer“ rufen, die Farmarbeiter, die mit sofortiger Vergeltung durch ihre „Boer“-Bosse rechnen können. Außerdem: Wer höchstwahrscheinlich am meisten zu leiden hat unter dem „strengen Nationalismus“, den Malema und Konsorten predigen, sind Immigranten aus anderen afrikanischen Ländern.

Einer der Hauptgründe für die unhaltbaren Verhältnisse auf den Farmen ist das Scheitern des Land-Umverteilungsprogramms der ANC/SACP/COSATU-Regierung, das auf Vereinbarungen à la „Jemand will verkaufen, jemand will kaufen“ beruht. Weniger als 6 Prozent des Landes wurde bisher an Schwarze rückübertragen, während die weiße Minderheit, die weniger als 10 Prozent der Bevölkerung ausmacht, über 70 Prozent des städtischen und des landwirtschaftlich nutzbaren Grund und Bodens des Landes besitzt. Im Einklang mit ihrer Verpflichtung auf kapitalistische Eigentumsverhältnisse fordern die meisten Organisationen schwarzer Nationalisten eine Zuweisung von mehr Land an kleine Farmbesitzer. Im Gegensatz zu diesem Programm, große mechanisierte kommerzielle Farmen in kleinere, unproduktive Teile aufzuspalten, sind wir für die Enteignung der großen, im Besitz von Weißen befindlichen Farmen und ihre Umwandlung in Kollektiv- und Staatsfarmen unter Arbeiterkontrolle. Farmarbeiter werden eine zentrale Rolle spielen bei diesem Ziel, das unauflöslich mit der vom hauptsächlich städtischen Proletariat angeführten sozialistischen Revolution verbunden ist. Um gegen den Wohnungsmangel und damit verbundene Probleme vorzugehen, sind wir für die entschädigungslose Enteignung des gesamten privaten städtischen Grund und Bodens und für den Bau von rassistisch integrierten Wohngebieten im Rahmen eines massiven Pro-

gramms öffentlicher Arbeiten.

Das Problem der Armut, mit der die Mehrheit der süd-afrikanischen Bevölkerung zu kämpfen hat, geht über das Umfeld der Farmen hinaus, denn Südafrika läuft Brasilien den Rang ab als eine der ungerechtesten Gesellschaften auf der Welt überhaupt. Gegenwärtig gibt es aufwühlende Proteste wegen mangelnder Versorgungsleistungen in den Townships, die das Land wie ein Flächenbrand durchziehen. Gegen die Unzufriedenheit der Massen, weil die Grundversorgung mit elektrischem Strom, Wasser, Wohnungen, Straßen usw. nicht vorhanden ist, wird staatliche Gewalt eingesetzt; Bullen feuern Gummigeschosse auf Demonstranten ab und verhaften Hunderte.

Studenten aus armen Verhältnissen kämpfen dagegen, dass sie des Geldes wegen aus höheren Bildungseinrichtungen ausgeschlossen werden. Gegenwärtig streiken Tausende Mitglieder der National Union of Mineworkers [Bergarbeitergewerkschaft] in den Provinzen Gauteng und Nordwest gegen drohende Entlassungen und für die Erstattung von mindestens zwei noch ausstehenden Monatslöhnen. Diese Arbeiter sind bei Aurora angestellt, einer „Black-Empowerment“-Bergbaugesellschaft [„Ermächtigung der Schwarzen“], die von den Angehörigen der ehemaligen und gegenwärtigen Präsidenten Nelson Mandela und Jacob Zuma betrieben wird. Diese schwarzen Ausbeuter versuchten auch weitere Minen in Simbabwe dazuzukaufen. Somit ist klar, dass die herrschende Dreierallianz-Elite ein unmittelbares Interesse an der fortgesetzten Superausbeutung schwarzer Arbeitskraft hat, etwas, was das „neue“ Südafrika mit seinem Apartheid-Vorgänger gemein hat.

In einem Artikel der *City Press* (11. April) erfasste Andile Mngxitama, ein Vertreter der nationalistischen Black Consciousness Movement (BCM) eindrucksvoll die Realität schwarzer Unterdrückung im „neuen“ Südafrika angesichts des Todes von Terre'Blanche:

„Ventersdorp ist Südafrika... Diese Dorpie [Kleinstadt] erzählt ausdrucksvoll die Geschichte der kriminellen Vernachlässigung der Schwarzen durch die ANC-Regierung in den letzten 16 Jahren. Man gehe und überzeuge sich selbst von dem Auftreten schwarzer Bewohner. Sie sind angespannt und ängstlich, ein nachdrückliches Symbol schwarzer Machtlosigkeit, denn die herrschende Partei hat einen Pakt mit dem Teufel geschlossen.“

Doch Mngxitamas Schlussfolgerungen enthüllen genauso den Bankrott des Nationalismus à la BCM wie den der ANC-Hauptströmung, denn er schürt Illusionen, die Probleme, denen sich die unterdrückte Mehrheit gegenüber sieht, könnten durch Druckausüben auf den ANC gelöst werden: „Er muss einfach nur seine politische Macht einsetzen, um die Dinge zu ändern. Das Problem sind nicht die weißen Rassisten, sondern die Weigerung des ANC, sein politisches Mandat für die Beendigung des Rassismus einzusetzen.“ Das ist keine Überraschung, da Mngxitama in seinen Artikeln in der bürgerlichen Presse allerhand Tinte dafür vergeudet, den Schwarzen zu erzählen, dass sie unterdrückt seien – was sie bereits wissen –, und seine einzigen Vorschläge, was man gegen diese Unterdrückung *tun* soll, sind, dass Schwarze eine unterdrückte „Gemütsverfassung“ überwinden sollen.

Wir von Spartacist South Africa, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), stehen fest dazu, dass die wirtschaftliche und gesellschaftliche Emanzipation der schwarzen Mehrheit nur durch eine proletarische sozialistische Revolution und die Schaffung einer zentral von Schwarzen getragenen Arbeiterregierung als Glied in der Kette der sozialistischen Weltrevolution erreicht werden kann. Genau das ist die Anwendung von Leo Trotzki's Theorie der permanenten Revolution auf Südafrika und eine zentrale Lehre der welterschütternden Russischen Revolution vom Oktober 1917.■

# Schließ dich der Spartakist-Jugend an!

Nachfolgend drucken wir das überarbeitete Zehn-Punkte-Programm der Spartakist-Jugend ab, das zuletzt in Spartakist Nr. 160, Herbst 2005, veröffentlicht wurde. Zwei Änderungen sind besonders hervorzuheben: Die Einleitung wurde geändert, um deutlich zu machen, dass die Spartakist-Jugend der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD) politisch untergeordnet ist, d. h. im Rahmen des Programms der SpAD als deren Jugendorganisation arbeitet, wobei sie allerdings organisatorische Unabhängigkeit genießt. Für ausführliche Erläuterungen zum leninistischen Verständnis von Partei-Jugend-Beziehungen siehe Marxist Bulletin Nr. 7, „The Leninist Position on Youth-Party Relations“ (1967) sowie Youth, Class and Party: Basic Documents of the Spartacus Youth League (Ausgabe 1974).

In Punkt 9 wurde unsere Position zur Frage der Unterrichtssprache für ethnische Minderheiten und Immigranten nicht korrekt ausgedrückt. Die bisherige liberale Forderung „Für das Recht, in der Sprache eigener Wahl unterrichtet zu werden!“ entspricht nicht unserem Verständnis, „dass es für diejenigen, die hier leben, lebenswichtig ist, Deutsch lernen zu können, weil dies das einzige Mittel für die Integration in eine deutschsprachige industrielle Gesellschaft ist, die eine gemeinsame Sprache für Produktion und Handel verlangt. Wir befürworten kostenlose zweisprachige Programme als eine rationale Herangehensweise, Kindern eine Brücke zu bauen zwischen ihrer Muttersprache und der deutschen Sprache“ („Stoppt rassistische Angriffe auf türkisch-deutschsprachigen Unterricht!“, Spartakist Nr. 144, Sommer 2001 – siehe auch „Britannien: Chauvinistischer Englisch-Zwang an Londoner Uni“, Spartakist Nr. 182, März 2010). Daher muss unsere Forderung sein: „Gegen chauvinistischen Deutsch-Zwang in der Schule! Für das Recht auf zweisprachigen Unterricht für ethnische Minderheiten!“

Die Spartakist-Jugend ist die Jugendorganisation der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD), der deutschen

Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten). Unser Ziel ist es, Jugendliche durch Studium und aktive politische Intervention in marxistischer Politik auszubilden. Wir kämpfen dafür, Jugendlichen das Verständnis zu vermitteln, dass der Kapitalismus durch sozialistische Revolutionen – nach dem Vorbild der russischen Oktoberrevolution von 1917 – weltweit gestürzt werden muss, um die Menschheit von Krieg, Unterdrückung und Elend zu befreien. Dafür beteiligen wir uns an sozialen Kämpfen von Schülern, Auszubildenden und Studierenden und versuchen, sie mit den Kämpfen der Arbeiter und anderen Unterdrückten zu verbinden. Nur die Arbeiterklasse hat die soziale Macht und das objektive Interesse, den Kapitalismus zu beseitigen. Wir streben danach, Jugendliche und Studenten für die aktive Unterstützung der Arbeiterklasse zu gewinnen.

Um siegen zu können, braucht die Arbeiterklasse eine revolutionäre Partei. Die Spartakist-Jugend ist eine Übergangsorganisation, um Jugendliche für den Aufbau dieser Partei zu gewinnen. Um selbständig politische Erfahrungen machen zu können, sind wir organisatorisch unabhängig von der SpAD, ihr aber politisch untergeordnet. Wir kämpfen gemeinsam mit der SpAD auf der Basis des proletarischen, revolutionären und internationalistischen Programms von Marx, Engels, Lenin und Trotzki. Wir führen politische Kämpfe gegen andere linke Organisationen, die mit ihrem reformistischen Programm versuchen, die Wut der Jugendlichen auf diese Gesellschaft in Unterstützung der Sozialdemokratie zu kanalisieren. Die Sozialdemokratie ist eine der letzten Stützen des verfallenden Kapitalismus.

Wenn du für eine sozialistische Zukunft, frei von kapitalistischer Ausbeutung, rassistischer Unterdrückung und imperialistischer Schlächtereier, kämpfen willst und das folgende Programm akzeptierst, dann tritt in die Spartakist-Jugend ein!

## Zehn-Punkte-Programm

**1** Mobilisiert Jugendliche und Studenten hinter der sozialen Macht der multiethnischen Arbeiterklasse mit ihrem riesigen revolutionären Potenzial! Sie ist fähig, den kapitalistischen Staat wegzufegen! Dieser Staat, der im Wesentlichen aus Bullen, Gerichten, Gefängnissen und der Armee besteht, ist das ausführende Organ der herrschenden Klasse, ein Instrument der organisierten Gewalt der Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse und alle Unterdrückten. Während es durchaus legitim sein kann, Parlamente als Bühne revolutionärer Arbeit zu verwenden, lehnen Marxisten es grundsätzlich ab, für Exekutivämter des bürgerlichen Staates zu kandidieren bzw. diese anzunehmen: Dieser Staat muss durch die Diktatur des Proletariats ersetzt werden. Kein Vertrauen in die kapitalistischen Bullen und Gerichte, denn der Staat ist nicht neutral! Verteidigt die Opfer von rassistischem Staatsterror! Freiheit für alle linken Gefangenen! Weg mit den „Anti-Terror“-Paragrafen 129, 129a und 129b! Für das Recht, Waffen zu tragen, und das Recht auf Selbstverteidigung! Das Proletariat ist international und multiethnisch. Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

**2** Volle Staatsbürgerrechte für alle, die es bis hierher geschafft haben! Ethnische Minderheiten bilden einen strategisch wichtigen Teil der Arbeiterklasse. Sie stehen an vorderster Front des Klassenkampfes und bilden eine entscheidende Brücke zur internationalen Arbeiterklasse. Stoppt Abschiebungen durch Arbeiteraktionen! Für Arbei-

ter/Immigranten-Mobilisierungen, um Nazis zu stoppen! Appelle, Faschisten zu verbieten, schüren nur Illusionen in den Staat: Verbote werden letztlich immer gegen die Linke verwendet werden. Die Nazi-Mörderbanden sind die Reservearmee der Kapitalisten zum Angriff gegen Immigranten, Linke und die Arbeiterbewegung, und keine Gesprächspartner. Nieder mit dem rassistischen „Krieg gegen den Terror“! Weg mit dem rassistischen Kopftuchverbot! Nieder mit dem rassistischen „Zuwanderungsgesetz“! Nieder mit dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz und der rassistischen Rasterfahndung! Nein zu Arbeitsverboten für Flüchtlinge und ausländische Studierende! Weg mit dem Verbot von linken Organisationen wie der PKK und anderen kurdischen Vereinen! Weg mit dem Verbot von DHKP/C und THKP/C! Für eine sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!

**3** Für die Aufteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich! Organisiert die Unorganisierten! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Nicht Alt gegen Jung, nicht Ost gegen West, nicht Männer gegen Frauen oder Deutsche gegen Immigranten, sondern Klasse gegen Klasse! Für eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung! Streikpostenkettens werden nicht überquert! Für gewerkschaftliche Kontrolle über Einstellungen! Arbeit für alle zu gewerkschaftlich festgelegten Löhnen! Bullen und Wachschutz raus aus den Gewerkschaften! Der kapitalistische Staat und seine Gerichte haben in den Gewerkschaften nichts zu suchen!

Für revolutionären Klassenkampf, um alle gewerkschaftsfeindlichen Gesetze wegzufegen!

**4** Deutschland ist ein imperialistisches Land im chronischen kapitalistischen Verfall. Wir kämpfen für den Sturz des deutschen Imperialismus durch Arbeiterrevolution. Die Europäische Union ist ein imperialistisches Bündnis europäischer Kapitalisten, dominiert vom deutschen Imperialismus, das den Krieg gegen Immigranten weiter verschärft als Speerspitze eines Angriffs gegen das Proletariat als Ganzes. Nieder mit der rassistischen Festung Europa! Nieder mit der imperialistischen EU! Nein zu europäischen „Krisenreaktionskräften“! Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa! Nach der Konterrevolution 1990 strebt der deutsche Imperialismus danach, eine größere Rolle in der Welt zu spielen. Die UNO ist eine Höhle imperialistischer Räuber mitsamt ihren Opfern und handelt gegen Arbeiter und Unterdrückte weltweit. Alle Bundeswehr/UN/NATO/OSZE-Truppen raus aus dem Balkan, Afghanistan und dem Nahen Osten! Keinen Mann, keine Frau, keinen Cent für die Bundeswehr! Nieder mit der Wehrpflicht und jedem Zwangsdienst! Kommunisten gehen nicht als Freiwillige in die bürgerliche Armee. Wenn wir jedoch in die Bundeswehr eingezogen werden, gehen wir als revolutionäre Marxisten gemeinsam mit der Arbeiterklasse. In einer revolutionären Situation ist es der Schlüssel zum proletarischen Sieg, die Armee entlang der Klassenlinie zu spalten.

**5** Verteidigt die Errungenschaften der Chinesischen Revolution von 1949, die die Herrschaft der Großgrundbesitzer und Kapitalisten zerschlug und die Produktionsmittel kollektivierte! Für die bedingungslose militärische Verteidigung der deformierten Arbeiterstaaten China, Nordkorea, Vietnam und Kuba gegen Imperialismus und kapitalistische Konterrevolution im Innern! Für politisch-proletarische Revolution zum Sturz der stalinistischen Bürokratie und zur Errichtung von Regierungen der Arbeiterdemokratie, basierend auf Arbeiterräten und proletarischem Internationalismus! Die kapitalistische Konterrevolution in der ehemaligen Sowjetunion und in Osteuropa hat zu verschärfter kapitalistischer Ausbeutung, verstärktem rassistischem Terror, einer Zunahme imperialistischer Kriege, Massenarbeitslosigkeit und massiven Angriffen auf die Rechte der Frauen geführt. Wir kämpften 1989/90 für ein rotes Rätendeutschland: für eine politisch-proletarische Revolution im deformierten Arbeiterstaat DDR, um die stalinistische Bürokratie wegzufegen, und für eine sozialistische Revolution in der BRD, um die Kapitalisten zu stürzen. Als der Kreml die DDR an den westdeutschen Imperialismus verkaufte, passten sich die SED-Führer an den Verrat an und wurden zur PDS (heute Linkspartei), die die kapitalistische Wiedervereinigung unterstützte. Die SPD war das Trojanische Pferd der Konterrevolution. Nur die IKL hat gegen die Konterrevolution gekämpft und darum gerungen, der Arbeiterklasse revolutionäre Führung zu geben.

**6** Die Rote Armee zerschlug das Naziregime! Die deutsche Bourgeoisie hat die alleinige Verantwortung für den Holocaust! Nur Arbeiterrevolution wird die Opfer des Holocausts rächen! Wir sind die konsequentesten Gegner von Antisemitismus und stehen an vorderster Front im Kampf gegen dieses Gift, das die Unterdrückten spalten soll. Die Lüge von der Kollektivschuld aller Deutschen am Holocaust dient dazu, die Arbeiterklasse an die Bourgeoisie von Auschwitz zu ketten und diese von jeder Verantwortung am Nazivölkermord zu befreien. Dieselben deutschen Imperialisten, die Hitler an die Macht gebracht hatten, waren nach dem Zweiten Weltkrieg wesentlich am Aufbau des zionistischen Staates Israel beteiligt, der seit seiner Gründung die Palästinenser mit Methoden unterdrückt, wie sie nicht zuletzt auch die Nazis verwendeten. Israel ist eine Klassen-

gesellschaft, in der die Arbeiterklasse von ihren „eigenen“ kapitalistischen Herrschern ausgebeutet wird. Für arabisch-hebräische Arbeiterrevolution! Verteidigt das palästinensische Volk! Antizionismus ist nicht Antisemitismus! Alle israelischen Truppen und Siedler raus aus den besetzten Gebieten! Keine Illusionen in die UNO! Für den Aufbau trotzkistischer Avantgardeparteien im Nahen Osten! Für das Recht auf Selbstbestimmung sowohl des hebräischsprachigen als auch des palästinensischen Volkes in einer Sozialistischen Föderation des Nahen Ostens! Für sozialistische Revolution gegen die kapitalistischen Regime, ob Zionisten, Emire, Scheichs, Obristen oder Mullahs!

**7** Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution! Für kostenlose Abtreibung auf Wunsch! Für kostenlose Kinderbetreuung rund um die Uhr auf höchstem Niveau! Für kostenlose hochwertige Gesundheitsversorgung! Weg mit dem reaktionären Ladenschlussgesetz! Die Institution der bürgerlichen Familie ist das Hauptinstrument zur Unterdrückung der Frauen. Bullen, Pfaffen und Richter raus aus den Schlafzimmern, Klassenzimmern und Arztpraxen! Weg mit reaktionären Gesetzen zur Minderjährigkeit! Nieder mit Anti-Sex-Kampagnen! Volle demokratische Rechte für Homosexuelle! Gegen die staatliche Verfolgung von Prostituierten! Nieder mit allen Gesetzen gegen „Verbrechen“ ohne Opfer wie z.B. Prostitution, jeglicher anderer Sex im gegenseitigen Einverständnis, Pornographie und Drogenkonsum. Gesetze, die solche persönlichen einvernehmlichen Aktivitäten kriminalisieren, sind krasse Einmischungen ins Privatleben.

**8** Für die Trennung von Kirche und Staat! Die Kirche ist eine Stütze des Kapitalismus. In der DDR nutzte die SPD die evangelische Kirche als Transmissionsriemen, um den Arbeiterstaat zu zerstören. Gegen jeglichen Religionsunterricht an staatlichen Schulen, ob christlich, islamisch oder jüdisch! Weg mit bürgerlich-christlichem Ethikunterricht! Weg mit der Kirchensteuer! Verteidigt Wissenschaft gegen Aberglauben und Mystizismus! Gegen jegliche Zensur von Medien durch Moralprediger von „Zucht und Ordnung“ wie Medienräte oder Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien!

**9** Für kostenlose Bildung auf höchstem Niveau für alle! Nieder mit den Studiengebühren! Weg mit der rassistischen und diskriminierenden Einteilung von Schülern auf verschiedene Schultypen wie Hauptschulen und Gymnasien! Gegen chauvinistischen Deutsch-Zwang in der Schule! Für das Recht auf zweisprachigen Unterricht für ethnische Minderheiten! Für offenen Zugang zur Universität mit einem staatlich bezahlten Stipendium für alle! Unis unter die Kontrolle von Uniarbeitern, Studenten und Lehrkräften!

**10** Die Sozialdemokratie (SPD und Linkspartei) ist das historische Hindernis für eine proletarische Revolution in Deutschland, da sie die Arbeiter und Unterdrückten an die Bourgeoisie bindet. SPD und Linkspartei sind bürgerliche Arbeiterparteien, d.h. sie haben eine proletarische Basis, aber eine prokapitalistische Führung. Wir kämpfen dafür, die Arbeiterklasse von dieser Führung zu brechen. Die SPD wurde mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914 endgültig zum Lakaien der Kapitalisten. Für den Aufbau einer trotzkistischen Avantgardepartei in der Tradition der Bolschewiki von 1917, die als Volkstribun aller Unterdrückten auftritt! Solch eine revolutionäre, multiethnische Arbeiterpartei ist notwendig, um das Proletariat in einer sozialistischen Revolution zum Sieg zu führen. Für neue Oktoberrevolutionen auf dem ganzen Planeten! Für ein rotes Rätendeutschland in einem sozialistischen Europa! Für weltweite sozialistische Planwirtschaft, in der die Arbeiter die Produktionsmittel besitzen! Für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale!■

## Erklärung des Internationalen Exekutivkomitees der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten)

### Zurückweisung unserer Position zum Erdbeben in Haiti

# Eine Kapitulation vor dem US-Imperialismus

In Artikeln zum Erdbeben in Haiti beging *Workers Vanguard* (WV), die Zeitung der Spartacist League/U.S., Verrat an dem grundlegenden Prinzip, Gegner der „eigenen“ imperialistischen Herrscher zu sein. Nicht nur rechtfertigten wir in diesen Artikeln die US-imperialistischen Truppen als notwendig für Hilfsmaßnahmen; darüber hinaus polemisierten wir auch gegen die prinzipienfeste und korrekte Position, den sofortigen Abzug der Truppen zu fordern. Diese Linie wurde in mehreren Publikationen anderer IKL-Sektionen verbreitet und wurde so faktisch zur Linie der Internationalen Kommunistischen Liga. Wir wären der Zerstörung unserer revolutionären Partei sehr nahe gekommen, wenn wir nicht öffentlich Rechenschaft ablegen und eine Korrektur durchführen würden. *Von Anfang an war die einzige revolutionäre internationalistische Position, den Abzug aller US/UN-Truppen aus Haiti zu fordern!*

In unserem Artikel in WV Nr. 951 (29. Januar) und wiederholt in nachfolgenden Ausgaben der Zeitung erklärten wir unverblümt:

„Das US-Militär ist die einzige Kraft vor Ort, die fähig ist – z. B. durch LKWs, Flugzeuge, Schiffe – den Transport dessen, was die haitianische Bevölkerung an Nahrungsmitteln, Wasser, medizinischen und anderen Hilfsgütern erreicht, zu organisieren. Und es tut dies auf die typische widerliche US-imperialistische Art und Weise. Wir sind von jeher gegen jede US- und UN-Besetzung in Haiti und anderswo eingetreten – und möglicherweise wird es in naher Zukunft nötig sein, einen Abzug der USA/UNO aus Haiti zu fordern – aber wir werden nicht die Beendigung von Hilfe fordern, die die haitianischen Massen kriegen können.“ [auf Deutsch erschienen in *Spartakist* Nr. 182, März 2010]

Das Internationale Exekutivkomitee der IKL weist diesen Verrat an unserem revolutionären Programm zurück. Es gilt, wie in der Programmatischen Erklärung der SL/U.S. erklärt: „Wir lehnen jede Intervention des US-Militärs – und US-Militärstützpunkte – im Ausland bedingungslos ab und verteidigen die kolonialen, halbkolonialen und anderen kleineren, weniger entwickelten Länder gegen US/UN-Angriffe und -Embargos.“

Selbst als wir in WV Nr. 955 (26. März) sehr spät die Forderung „Alle US/UN-Truppen raus aus Haiti, sofort!“ aufstellten, vermieden wir es weiterhin, nach dem Prinzip zu handeln, dass wir gegen die US-imperialistische Besetzung des neokolonialen Haitis sind, und handelten nach wie vor gegen dieses Prinzip. Darüber hinaus erklärten wir in diesem Artikel: „Wie wir in unserem Artikel ‚Erdbebenkatastrophe in Haiti: Imperialismus, Rassismus und Hungersnot‘ (WV Nr. 951, 29. Januar) verdeutlichten, würden wir, obwohl wir nicht dafür waren, dass das US-Militär nach Haiti



Reuters

**Port-au-Prince, 1. Februar: US-Soldaten misshandeln einen Mann bei der Ausgabe von Lebensmittelkarten**

geht, unmittelbar nach der schrecklichen Naturkatastrophe ebenso wenig den sofortigen Abzug jeglicher Kräfte fordern, die die Hilfe leisteten, die zu den haitianischen Massen gelangte.“ Tatsächlich hatten wir in unserem früheren Artikel weder deutlich gesagt, dass wir nicht für den Einmarsch der US-Truppen waren; noch hatten wir die militärische Übernahme der Macht durch das US-Militär auch nur als solche bezeichnet.

Die Invasion des US-Militärs hatte neben der „humanitären“ Imageverbesserung des bluttriefenden US-Imperialismus die Aufgabe, die eigene militärische Kontrolle in Haiti abzusichern und die Vorherrschaft des amerikanischen Imperialismus in der Karibik auch gegen imperialistische Rivalen wie Frankreich durchzusetzen. Dadurch, dass wir uns nicht gegen die Invasion stellten, ignorierten wir auch, welche besondere Gefahr die Invasion für den deformierten Arbeiterstaat Kuba (und das bürgerliche nationalistisch-populistische Regime von Hugo Chávez in Venezuela) darstellte. Wir akzeptierten Washingtons Position, dass Hilfsmaßnahmen untrennbar mit der Machtübernahme des US-Militärs verbunden sind, und trugen so dazu bei, den von der Regierung des Demokraten Obama angepriesenen

Mythos zu verbreiten, dies sei ein „humanitärer“ Einsatz. Unsere Erklärung, „*möglicherweise* wird es in *naher* Zukunft nötig sein, einen Abzug der USA/UNO aus Haiti zu fordern“ (Hervorhebung hinzugefügt), bedeutete eine bedingte Unterstützung für das Eingreifen des US-Militärs. Der einzige Unterschied zwischen unserer Position und dem 4. August 1914, als die deutschen Sozialdemokraten zu Beginn des Ersten Weltkriegs Kriegskrediten für die deutschen imperialistischen Herrscher zustimmten, war, wie ein führender Parteigenosse feststellte, dass es sich in Haiti nicht um einen Krieg handelte.

Somit beraubten wir Trotzki's Theorie der permanenten Revolution ihres revolutionären internationalistischen Gehalts, den Kampf für soziale und nationale Befreiung mit dem Kampf für proletarische Staatsmacht sowohl in neokolonialen als auch in fortgeschrittenen Ländern zu verbinden, das heißt, dem Proletariat in Nordamerika und weltweit das Verständnis zu vermitteln, dass es in seinem Klasseninteresse liegt, sich aktiv für den Kampf gegen die imperialistische Vorherrschaft in Haiti einzusetzen. Unsere Artikel taten stattdessen das Gegenteil: Illusionen zu fördern, die US-imperialistische „Demokratie“ sei die Rettung des haitianischen Volkes. Fast redeten wir Barack Obama nach dem Mund, als er imperialistische Kampftruppen, darunter Teile der 82. Luftlandedivision und eine Expeditionseinheit der Marines, entsandte. Es ist zu bezweifeln, dass wir eine derartige Position so leicht eingenommen hätten, wenn die republikanische Bush-Regierung noch im Weißen Haus säße.

Die zentristische Internationalist Group (IG) schreibt in einem ihrer letzten Artikel, „SL Twists and Turns on Haiti“ [SL windet und wendet sich über Haiti] (*Internationalist*, 9. April): „Während es für Reformisten, die nur die *Politik* der Imperialisten verändern und nicht das imperialistische System stürzen wollen, zur Unterstützung imperialistischer Besetzung ein kleiner Schritt ist, sollte das im Falle der SL/IKL schwerer zu schlucken sein.“ Das ist es in der Tat. Die IG ihrerseits behauptete, das Erdbeben biete eine Öffnung für eine Revolution in Haiti, und versicherte: „Dieses kleine, aber militante Proletariat kann sich an die Spitze der verarmten städtischen und ländlichen Massen setzen, die versuchen, ihre eigene Macht zu organisieren, insbesondere jetzt, wo die kapitalistische Staatsmaschinerie bis auf ein paar marodierende Banden von Polizisten größtenteils in Trümmern liegt“ („Haiti: Workers Solidarity, Yes! Imperialist Occupation, No!“ [Haiti: Arbeitersolidarität: Ja! Imperialistische Besetzung: Nein!], *Internationalist*, 20. Januar).

Anstatt einfach die auf die Dritte Welt fixierten Hirngespinnste der IG auseinanderzunehmen, konzentrierten wir unsere Polemiken auf eifrige Rechtfertigungen für den Militäreinsatz der US-Imperialisten – eine Position rechts von der IG. Diese zentristischen Apologeten für Dritte-Welt-Nationalismus charakterisierten unsere Position ganz zutreffend als „sozialimperialistisch“ – sozialistisch in Worten, Unterstützung für den Imperialismus in Taten. Diese bittere Pille müssen wir schlucken. Nur durch eine harte Verurteilung unserer Linie können wir der Alternative entgehen, bei der die Gründer der IG gelandet sind, als sie aus unserer Organisation abhauten, um sich anderen Kräften als dem Proletariat zuzuwenden. Dazu gehörten in ihrem Fall sowohl Überreste der stalinistischen Bürokratie, die die DDR an die imperialistische Konterrevolution ausverkaufte, als auch lateinamerikanische Nationalisten und sich links gebende Gewerkschaftsbürokraten.

Im Zusammenhang mit den Polemiken gegen die IG missbrauchte *Workers Vanguard* die Autorität des revolutionären Führers Leo Trotzki, um Unterstützung für eine imperialistische Besetzung zu rechtfertigen. Trotzki argumentierte in seinem Artikel „Lernt denken“ von 1938, dass man nicht immer ein Minuszeichen setzen sollte, wo die Bourgeoisie ein Pluszeichen setzt. Er bezog sich nicht auf eine militärische Besatzungsmacht, sondern auf Fälle, wo eine imperialistische Regierung anticolonialistischen Kämpfern militärische *Unterstützung* schicken könnte. Darüber hinaus bezog sich Trotzki in diesem Artikel auch auf Arbeiter, die sich mit der zur Bekämpfung eines Feuers entsandten Armee verbrüdern; dabei ging es offenkundig nicht um eine Situation wie in Haiti, wo US-imperialistische Truppen in ein neokoloniales Land eindringen – ein Akt, den *Leninisten aus Prinzip bedingungslos ablehnen*.

Genauso wenig fördern Revolutionäre jedoch Illusionen in die nicht-militärische Hilfe, die kapitalistische Regierungen leisten mögen. Wir hätten uns bei unserer Antwort auf die US-imperialistische Invasion in Haiti nach dem Erdbeben an der Position unserer australischen Sektion orientieren sollen. Nach dem Tsunami von 2005 reagierte sie auf die imperialistische „Hilfs“-Intervention in Indonesien, besonders in die abtrünnige Provinz Aceh, mit einem Artikel in *Australasian Spartacist* unter der Überschrift „Australian Imperialists Seize on Tsunami Catastrophe“ [Australische Imperialisten nutzen Tsunami-Katastrophe aus] (Nr. 190, Herbst 2005), in dem sie „Australische/alle imperialistischen Truppen/Bullen raus aus Aceh, sofort!“ forderte und imperialistische Hilfsprogramme anprangerte. Der Artikel legt dar: „Unabhängig vom kurzfristigen Nutzen, den ein Teil [dieser Programme] einer kleinen Anzahl von Unterdrückten bringen mag“, sind solche Hilfen „immer darauf ausgerichtet, die neokoloniale Unterjochung der Massen der Dritten Welt zu verstärken“.

### Die „Politik des Machbaren“

Seit den frühen 1960er-Jahren, als unsere Tendenz als linke Opposition innerhalb der Socialist Workers Party (SWP) entstand, war uns klar, dass nationale Isolierung bei jeder subjektiv revolutionären Gruppierung – gerade wenn sie unter dem Druck steht, im Herzen des Weltimperialismus, den Vereinigten Staaten, zu agieren – schnell zur Zerstörung führen muss. Wirklicher proletarischer Internationalismus bedeutet disziplinierte internationale Zusammenarbeit. Ohne diese können wir dem mächtigen Sog des nationalistischen Opportunismus nicht erfolgreich widerstehen.

Unsere Beschönigung des Eingreifens des US-Imperialismus lief über die Aushebelung des internationalen demokratischen Zentralismus. Die Aufgabe der Propaganda als Gerüst der revolutionären Partei ist es, *die durch Diskussion und Anträge von der Parteiführung beschlossene Linie der Partei zu*

SPARTACIST

DEUTSCHE AUSGABE  
 FRÜHJAHR 2009  
 150¢

Nieder mit Exekutivämtern  
des kapitalistischen Staates!

Marxistische Prinzipien  
und Wahltaktik

SEITE 4

Gegen die Apologeten des Verrats der POUM,  
damals und heute

Trotzkismus kontra Volksfrontpolitik  
im Spanischen Bürgerkrieg

SEITE 27

Frauen und Revolution

Arbeiterinnen und die  
Widersprüche im heutigen China

Verteidigt China gegen Imperialismus und Konterrevolution!  
Für proletarisch-politische Revolution!

SEITE 72

Gérard Le Métail, 1959–2007.....3

Theoretische und  
dokumentarische  
Quellensammlung  
der IKL

Deutsche Ausgabe  
Nr. 27, Frühjahr 2009  
€ 1,50  
(im Abo des *Spartakist*  
enthalten)

Bestellt bei:  
Verlag Avantgarde  
Postfach 23555  
10127 Berlin

Konto 1 1988-601  
Postbank Frankfurt/M.  
BLZ 500 100 60  
BIC PBNKDEFF  
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01

veröffentlichen. Bevor wir mit der Linie gegen die Forderung „Truppen raus aus Haiti“ im *WV* Nr. 951 in Druck gingen, entzogen sich das Politische Büro der SL/US. und das Internationale Sekretariat (das ortsansässige Administrativgremium des IEK) der Verantwortung dadurch, dass sie keine organisierte Diskussion und Abstimmung durchführten, sondern stattdessen unsere Linie über informelle Beratung festlegten. Nachdem die Linie erst einmal in *Workers Vanguard* veröffentlicht war, wurde sie jedoch von vielen IKL-Sektionen in ihre Zeitung gebracht – ein Zeichen dafür, dass es anfangs kaum Meinungsverschiedenheiten gab.

In einer Sitzung am 18. März stimmte das IS schließlich für die Forderung des sofortigen Abzugs der US- und UN-Truppen. Allerdings hielten die Anträge, die bei dieser Sitzung angenommen wurden und die die Grundlage für den Artikel in *WV* Nr. 955 bildeten, erneut fest: „Es war richtig, dass wir unmittelbar nach dem Erdbeben nicht den Abzug der US-Truppen forderten.“ Mit der Behauptung, dass „die besonderen außergewöhnlichen Umstände, die vor zwei Monaten vorlagen, nicht mehr existieren“, hielten die Anträge weiterhin daran fest, dass die bedingte Verteidigung der US-Militärinvasion im unmittelbaren Zusammenhang mit einer Naturkatastrophe korrekt war. Darüber hinaus kritisierten die IS-Anträge zwar die Formulierung, das US-Militär sei vor Ort die einzige Kraft mit den für Hilfsmaßnahmen notwendigen Mitteln, gaben aber keine öffentliche Korrektur dieser Erklärung in Auftrag. James P. Cannon, Gründer des Trotzismus in den USA, verurteilte solcherlei Unaufrichtigkeit. Als die trotzkistische SWP 1954 bei ihrer Konferenz Fehler eingestehen musste, bemerkte Cannon: „Wisst ihr, die Stalinisten vollziehen mehr Schwenks, und zwar schnellere und einschneidendere, als jede andere Partei in der Geschichte. Aber sie sagen nie: ‚Wir haben einen Fehler gemacht.‘ Sie sagen immer: ‚Die Lage hat sich geändert.‘ Wir sollten genauer und ehrlicher sein.“

Menschewismus verkleidet sich oft als „Realismus“ und „Sachzwang“. Wir suchten nach einer „konkreten Lösung“ in einer Situation, wo es von einem proletarisch-revolutionären Standpunkt keine solche Lösung gab, und so kapitulierten wir. Was unsere kleine revolutionäre Partei einbringen musste, war eine proletarisch-internationalistische Perspektive für die Befreiung Haitis, vor allem durch Gegnerschaft zu unseren „eigenen“ imperialistischen Herrschern. In der unmittelbaren Situation konnte ein solches Programm nur durch negative Forderungen konkret zum Ausdruck kommen: die Forderung, dass alle haitianischen Flüchtlinge in den USA mit vollen Staatsbürgerrechten aufgenommen werden; die Ablehnung jeglicher Abschiebung von Haitianern, die es in die USA geschafft haben; und vor allem die Forderung nach dem Abzug aller US/UN-Truppen.

Unsere Artikel verzerrten die Realität, um die Präsenz des amerikanischen Militärs zu rechtfertigen. Korrekterweise kritisierten wir die Reformisten dafür, Illusionen in die imperialistischen Regierungen zu sähen, indem sie von ihnen „Hilfe, nicht Truppen“ forderten; aber unsere eigene Reaktion war schlimmer. Unsere Artikel stellten das Eingreifen des US-Militärs als den einzigen „realistischen“ Weg dar, wie die haitianischen Massen „Hilfe“ bekommen könnten, und behaupteten demagogisch, dass ein Abzug der US-Kampftropfen „zu einem Massensterben durch Verhungern führen würde“. Damit behandelten wir die Frage nicht vom Standpunkt des marxistischen Programms, son-



Rainey/Newark Star-Ledger

**Kubanisches medizinisches Freiwilligenteam behandelt Erdbebenopfer in Port-au-Prince, 16. Januar**

dern durch die liberale Brille der „Katastrophenhilfe“. Diese sozialdemokratische Weltanschauung hat Michael Harrington – ehemaliger Führer der Democratic Socialists of America und Berater für die „Krieg-gegen-Armut“-Programme der Regierung des Demokraten Lyndon B. Johnson – mit dem Ausdruck „der linke Flügel des Machbaren“ auf den Punkt gebracht.

In der Periode nachsozialistischer Reaktion, wo Revolution – oder, insbesondere in den USA, selbst militanter Klassenkampf – weit weg erscheint und es einen überwältigenden Mangel an Anklang für unsere politischen Ansichten gibt, übt die „Politik des Machbaren“ spürbaren Druck aus. Zwischen dem, wofür wir stehen, und dem Bewusstsein der Arbeiterklasse und radikaler Jugendlicher – selbst derjenigen, die sich als Sozialisten sehen – klafft ein gähnender Abgrund. Es war, wie wir bereits festgestellt haben, sehr schwer, unsere revolutionäre Kontinuität zu erhalten, und es ist sehr leicht, sie zu zerstören.

### **Der Kampf zur Aufrechterhaltung einer revolutionären Perspektive**

James P. Cannon argumentierte Anfang der 1950er-Jahre im Kampf gegen die Cochran-Opposition in der damals revolutionären amerikanischen Socialist Workers Party:

„Die revolutionäre Bewegung ist unter den besten Bedingungen ein harter Kampf, und sie verschleißt eine Menge Menschen. Nicht umsonst hat man tausendmal in der Vergangenheit gesagt: ‚Die Revolution verzehrt die Menschen.‘ Die Bewegung in diesem Land, dem reichsten und konservativsten der Welt, ist vielleicht die unersättlichste von allen.

Es ist nicht leicht, am Kampf festzuhalten, weiterzumachen, hart zu bleiben und ihn Jahr für Jahr ohne einen Sieg durchzukämpfen; und in Zeiten wie der gegenwärtigen sogar ohne einen spürbaren Fortschritt. Das erfordert sowohl theoretische Überzeugung und historische Perspektive als auch Charakter. Und außerdem erfordert es die Zusammenarbeit mit anderen in einer gemeinsamen Partei.“ („Trade Unionists and Revolutionists“ [Gewerkschafter und Revolutionäre], 11. Mai 1953 – auf Deutsch erschienen in *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 18, Frühjahr 1997)

Die Degeneration der SWP von einer revolutionären Partei über Zentrismus zu erbärmlichem Reformismus ist ein lehrreiches Beispiel. Während der antikommunistischen

Hexenjagd überstand die Partei mehr als ein Jahrzehnt von Stagnation und Isolation. Als man die eigene Rolle im Wesentlichen darauf reduziert sah, innerhalb der Festung des US-Imperialismus die Stellung zu halten, gaben alternde Parteikader, wie die im Cochran-Flügel, die revolutionäre Perspektive auf. Die SWP-Mehrheit unter Cannon und Farrell Dobbs kämpfte gegen dieses Liquidatorentum für die Aufrechterhaltung der revolutionären Kontinuität des Trotzismus. Doch waren sie selbst nicht immun gegen die deformierenden Einflüsse, die die Cochran-Anhänger zur Spaltung trieben.

Vier Jahre später, 1957, unterstützte die SWP den Einsatz von Bundestruppen in Little Rock, Arkansas. Dieser Einsatz führte schließlich dazu, dass örtliche Initiativen der Schwarzen zur Selbstverteidigung zerschlagen wurden – diese Initiativen hatten sich gebildet gegen den grölenden rassistischen Pöbel, der Integration an Schulen bekämpfte. Dass US-Truppen als verlässliche Verteidiger der Schwarzen dargestellt wurden, rief in den 1950er-Jahren erheblichen Widerstand innerhalb der Partei hervor, insbesondere von Richard Fraser, dessen Programm des revolutionären Integrationismus als Weg zur Schwarzenbefreiung in den USA auch unseres ist. Jedoch wurde die falsche Linie nie korrigiert, und die Ansicht verfestigte sich, dass die US-imperialistische Armee die einzige „realistische“ Kraft zur Verteidigung von Bürgerrechtsdemonstranten gegen rassistischen Terror in den Jim-Crow-Südstaaten sei. 1964 hatte die SWP bereits die grotes-

ke Kampagnenlösung „Zieht die Truppen aus Vietnam ab und schickt sie nach Mississippi!“ angenommen. 1965 hatte dann die SWP auch die letzten Reste revolutionärer Opposition zum Imperialismus über Bord geworfen und verbreitete die reformistische Lüge, dass eine klassenlose Friedensbewegung den schmutzigen Krieg des US-Imperialismus gegen die Arbeiter und Bauern Vietnams beenden könne.

Die jungen SWP-Kader in der Revolutionary Tendency, die gegen die Degeneration der Partei kämpften, wurden die Gründer und Führer unserer Organisation. Es gehört zum Kampf für die Erhaltung dieser, bis zu Lenins und Trotzkis Bolschewiki zurückreichenden, Kontinuität mit Cannons revolutionärer Partei, dass wir begreifen, was aus der SWP wurde, und dass wir es uns als Spiegel dessen vorhalten, was aus uns werden könnte, wenn wir unsere Fehler und den als Reaktion auf das Erdbeben in Haiti begangenen offenen Verrat an unserem revolutionären internationalistischen Programm nicht korrigieren.

Die Fähigkeit, eine solche Korrektur zu vollziehen, ist allerdings kaum ein Anlass zur Freude. Sie schafft lediglich die Grundlage dafür, politisch auf den richtigen Kurs zurückzukehren. Wir haben die Klassenlinie übertreten, und nun ist es dringend notwendig, dem proletarischen internationalistischen Programm des Leninismus wieder Geltung zu verschaffen und für seine Erhaltung zu kämpfen.

*Leicht überarbeitete Übersetzung  
der IKL-Erklärung vom 27. April 2010*

## Verhindert Abschiebungen...

*Fortsetzung von Seite 1*

Freunden und Nachbarn abgeschobener Romafamilien.

Das Abkommen ist Teil eines Diktats. In bekannter imperialistischer Herrenmenschenmanier verlangte der deutsche Imperialismus für die Anerkennung des Kosovos die „Rücknahme“ von Roma und anderen Minderheiten. Kaltblütig verkündete de Maizière nach der Unterzeichnung, das „Rückübernahmeabkommen“ ermögliche es, „künftig auch Drittstaatsangehörige und staatenlose Personen, wenn diese aus dem Kosovo rechtswidrig nach Deutschland eingereist sind“, abzuschieben (*migazin.de*, 16. April). Sammelabschiebungen von Familien mit Kranken und Kindern sind von Düsseldorf nach Pristina geplant. Eine für den 22. Juni geplante Abschiebung konnte verhindert werden. Air Berlin ist eine der Flugesellschaften, die vom Staat für Abschiebungen eingesetzt wird. Zurzeit wird von ver.di ein Streik des Bodenpersonals bei GGB, GSI und Acciona für Tarife und Organisation in Gewerkschaften geplant. Es ist im Interesse der multiethnischen Arbeiterklasse, die Ziele solcher Klassenkämpfe auszuweiten und die Abschiebungen von Roma zu verhindern, indem auch andere Arbeiter in Solidarität mobilisiert werden und Flughäfen dichtgemacht werden. Der Kampf für eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung ist eng mit einer solchen Perspektive verbunden. **Verhindert die Abschiebung von Roma, Aschkali und anderen Minderheiten durch Gewerkschaftsaktion!**

Die staatliche Repression gegen Roma ermutigt die Faschisten und führt zu deren Wachstum, und davon sind alle Minderheiten und die Arbeiterbewegung insgesamt bedroht. Angesichts wachsender Unzufriedenheit unter den Arbeitern gegen die neuen Kahlschlagspläne der Regierung soll der Abschiebeterror gegen die schwächsten Teile der Gesellschaft dazu dienen, einerseits diese zum Sündenbock zu stempeln und andererseits auch alle anderen einzuschüchtern. Die in Deutschland eingewanderten Arbeiter aus der Türkei, Kurdistan, Griechenland und Ex-Jugoslawien haben, zusammen mit ihren deutschen Klassenbrüdern, die soziale Macht, die für die Verteidigung der Roma, anderer Flücht-

linge und aller Unterdrückten mobilisiert werden muss. Sie sind in der Industrie zusammen mit ihren hier geborenen Kindern und Enkeln konzentriert und in den Gewerkschaften organisiert. Die enorme Macht der Arbeiterklasse beruht auf ihrer Rolle in der Produktion, ihrer zahlenmäßigen Größe und ihrer Organisation. Die deutschen und eingewanderten Arbeiter werden entweder gemeinsam vorwärtsschreiten oder getrennt geschlagen werden. **Wir fordern volle Staatsbürgerrechte für alle, die es hierher geschafft haben!**

Die Forderung nach „Bleiberecht“, wie sie von Unterstützergruppen von Flüchtlingen erhoben wird, stellt den kleinsten gemeinsamen Nenner dar, von dem diese Gruppen glauben, dass die Regierung ihn erfüllen könnte, und dies wird daher als ein „realistisches“ Ziel angesehen. Tatsächlich aber ist die Forderung eine Kapitulation vor dem rassistischen Staat, indem sie akzeptiert, dass es Gruppen gibt, die einen minderen Status in der Gesellschaft haben. Lehnt man die Perspektive der Mobilisierung der Arbeiterklasse für volle Staatsbürgerrechte als „unrealistisch“ ab, so bleibt nur der Bettelgang zur kapitalistischen Regierung übrig.

Der Rassismus ist eine der Hauptwaffen der Bourgeoisie und ihrer sozialdemokratischen Arbeiterleutnants, um die Arbeiterbewegung anzugreifen und entlang ethnischer und religiöser Linien zu spalten, nach dem alten Prinzip von „Teile und Herrsche“. Vor der kapitalistischen Wiedervereinigung, Ende der 80er-Jahre, peitschte der damalige SPD-Ministerpräsident Oskar Lafontaine im Saarland die Vergabe von Gutscheinen statt Geld für Roma-Flüchtlinge durch, die in Lager einpfercht waren – was später zum Alltag für alle Flüchtlinge im Vierten Reich wurde. Heute diskutiert die CDU/FDP-Bundesregierung Gutscheine für alle Hartz-IV-Empfänger. Als Roma 1989 mit einem Protest im ehemaligen KZ Neuengamme verzweifelt auf ihre Lage aufmerksam machen wollten, räumten die Bullen des damaligen Hamburger SPD-Chefs Voscherau sie brutal vom Platz. Wir Spartakisten beteiligten uns an den Protesten dagegen und erklärten: „Die organisierte Arbeiterbewegung, zusammen mit Immigrantensorganisationen, hat die Macht, die demokratischen Rechte und das Recht auf Leben aller Unterdrückten zu verteidigen. Diese Macht kann und muss mobi-



lisiert werden, um die Abschiebung der Roma und Cinti zu stoppen!“ (*Spartakist* Nr. 84, März 1991). Direkt nach der kapitalistischen Konterrevolution 1990 führte die SPD-Führung eine Kampagne gegen das Asylrecht. Während in Rostock 1992 tagelang staatlich geschürte Pogrome gegen Roma und Vietnamesen stattfanden, verabschiedete die SPD die berüchtigten Petersberger Beschlüsse, was den Weg zur faktischen Abschaffung des Asylrechts bahnte. So dient die Sozialdemokratie als Transmissionsriemen für Nationalismus und Rassismus in die Arbeiterklasse, obwohl viele ihrer Mitglieder sicher vom Chauvinismus angeekelt sind.

Die Arbeiterklasse hat das historische Interesse, rassistische, nationalistische und andere Spaltungen zu überwinden; dies gelingt jedoch nur durch Kämpfe gegen die reformistischen Irreführer. Es ist die Aufgabe von Kommunisten, den Kampf der Arbeiter gegen kapitalistische Ausbeutung zu verbinden mit dem Kampf für demokratische Rechte für das verleumdete Volk der Roma. Dabei treten Kommunisten, in Lenins Worten, als Volkstribun auf, „der es versteht, auf alle Erscheinungen der Willkür und Unterdrückung zu reagieren, wo sie auch auftreten mögen, welche Schicht oder Klasse sie auch betreffen mögen, der es versteht, an allen diesen Erscheinungen das Gesamtbild der Polizeiwillkür und der kapitalistischen Ausbeutung zu zeigen, ... um *allen* und jedermann die welthistorische Bedeutung des Befreiungskampfes des Proletariats klarzumachen“ (W.I. Lenin, *Was tun?*, 1902). Nur so kann das Proletariat das revolutionäre Bewusstsein erlangen, das nötig ist, um die Bourgeoisie zu stürzen und zur herrschenden Klasse zu werden.

### Nieder mit der Besetzung des Kosovo!

Bereits am 1. Oktober 2009 äußerte die Roma-Organisation Chachipe ihre Empörung über die Aussage der Imperialisten, wonach die Roma in den Kosovo zurückkehren müssten, damit der Kosovo multiethnisch werde:

„Dieses Argument ist äußerst zynisch und heuchlerisch. Man sollte zunächst daran erinnern, dass die Roma aus dem Kosovo vertrieben wurden. In zehn Jahren hat es die internationale Gemeinschaft nicht geschafft, die Bedingungen für ihre Rückkehr zu schaffen. Ihre Interessen wurden gegenüber dem Ziel, die Gegensätze zwischen den Kosovoalbanern und Kosovoserben zu befrieden, hinten angestellt und übergangen. Nun sollen sie nach Kosovo zurückkehren, damit die internationale Gemeinschaft behaupten kann, dass Kosovo multiethnisch geworden ist, der seine Unabhängigkeit verdiene!“

Tatsächlich ist der Kosovo ein NATO-Protektorat, bei dem der deutsche Imperialismus mit der Bundeswehr eine Hauptkomponente der imperialistischen Besatzungsmacht KFOR stellt und noch dazu über eine Polizeimission unter EU-Verwaltung verfügt. Die „Unabhängigkeit“ des Kosovo ist ein imperialistisches Betrugsmanöver. **Nieder mit der imperialistischen Besetzung des Kosovo! Alle US/UN/NATO/Bundeswehr-Truppen raus aus dem Balkan, sofort!**

Wir Spartakisten haben seit jeher das nationale Selbstbestimmungsrecht der Kosovo-Albaner, einschließlich des Rechts auf Gründung ihres eigenen Staates oder Eingliederung in ein „Groß“-Albanien, verteidigt. Denn wir erkennen das Prinzip der Selbstbestimmung von Nationen nicht nur an, sondern unterstützen es auch nach Kräften dort, wo es gegen feudale, kapitalistische, imperialistische Staaten gerichtet ist, um die nationale Frage vom Tisch zu bekommen und die Frage, welche Klasse herrscht, positiv für die Arbeiterklasse zu lösen. Doch während der Kriegsvorbereitungen und während des US/NATO-Krieges 1999 war diese Posi-



Der Schlepper  
**Elvira Gashi und ihre Kinder, abgeschoben in das Elend des Kosovo**

tion untergeordnet zu unserer Haltung zu diesem Krieg: militärische Verteidigung Serbiens, eines abhängigen kapitalistischen Landes gegen den Imperialismus, ohne jegliche politische Unterstützung für das revanchistische Regime in Belgrad. Dies blieb auch gültig, als die NATO-Streitkräfte danach die serbische Armee als tatsächliche Staatsmacht im Kosovo ersetzten. Wie wir in „Balkan-Verstrickungen“ (*Spartakist* Nr. 143, Frühjahr 2001) schrieben:

„Jetzt, wo das Kosovo ein NATO-Protektorat ist, kann es keinen unabhängigen Kampf für nationale Rechte der ethnischen Albaner oder irgendeiner anderen nationalen Minderheit in der Region geben, wenn dieser nicht zuallererst danach trachtet, die imperialistischen ‚Friedenstruppen‘ hinauszuerwerfen.“

Der Schwindel der „Unabhängigkeitserklärung“ des Kosovo von Serbien im Februar 2008 war im Wesentlichen eine diplomatische Provokation gegenüber Serbien und Russland und eine weitere Aufwiegung gegen die serbische Minderheit im nördlichen Kosovo. Wir verteidigen die nationalen Rechte der Serben im nördlichen Kosovo und sind gegen ihre Zwangseingliederung in einen albanisch-kosovarischen Staat. Marxisten kämpfen gegen das Gift des Nationalismus und für die Klasseneinheit der Arbeiter aller Nationen des Balkans zum Sturz all der bluttriefenden nationalistischen Regime. **Für eine sozialistische Föderation des Balkans! Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!**

### Deutscher Imperialismus auf dem Balkan

Schon vor dem Ersten Weltkrieg träumte der deutsche Imperialismus davon, über Slowenien, Bosnien und Kroatien, die damals die südlichsten Provinzen des Kaiserreichs Österreich-Ungarn darstellten, die Vorherrschaft zu erlangen. Im Zweiten Weltkrieg errichtete Hitlers Drittes Reich in Kroatien einen klerikal-faschistischen Marionettenstaat, der Hunderttausende Serben, Juden und Roma massakrierte. Titos multinationale kommunistische Partisanen kämpften gegen alle Kräfte des völkermörderischen Nationalismus – die kroatische faschistische Ustascha, die serbischen monarchistischen Tschetniks und die Nazi-Wehrmacht – und schufen somit die Grundlage für den Arbeiterstaat Jugoslawien, der allerdings bürokratisch deformiert war.

1924 hatte die sowjetische stalinistische Bürokratie nach dem Ausbleiben der Revolution in den hochentwickeltesten imperialistischen Ländern den „Sozialismus in einem Land“ zum Dogma erhoben, was in Wirklichkeit für die Entwicklung

einer auf internationale Kooperation und Austausch angelegten sozialistischen Wirtschaft zur Zwangsjacke wurde. Bürokratische Misswirtschaft und nationalistische Deformation standen im degenerierten Arbeiterstaat Sowjetunion und den nach ihrem Vorbild errichteten Arbeiterstaaten Osteuropas – Titos Jugoslawien eingeschlossen – einer dauerhaften, gerechten Lösung der nationalen Frage im Weg.

Innerimperialistische Interessenkonflikte zwischen den herrschenden Klassen Amerikas, Westeuropas und Japans wurden im Kalten Krieg der allseitigen Feindschaft zur Sowjetunion untergeordnet. Seit der Konterrevolution in der Sowjetunion 1991/92 treten Gegensätze zwischen den Imperialisten wieder stärker hervor. So schuf das imperialistische Deutschland nach langer konterrevolutionärer Wühlarbeit 1991 Fakten durch die Anerkennung der Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens. Wenig später setzten die US-Imperialisten Bosnien unter Druck, seine Unabhängigkeit zu erklären. Die Interventionen der Imperialisten führten gewollt und gezielt zur Zerschlagung des deformierten Arbeiterstaats Jugoslawien. Die daraus resultierenden nationalistischen/kommunistischen Schlächtereien lieferten den Vorwand für die militärische Besetzung weiter Gebiete des Balkans.

Die SPD hat wie beim Anschluss und der Zerstörung der DDR auch in der Jugoslawien-Frage eine Vorreiterrolle gespielt. Im Sommer 1991 griff die SPD die damalige Kohl-Regierung sogar dafür an, dass sie nicht stärker und früher für das Auseinanderbrechen Jugoslawiens interveniert hat. Und 1999, gleich nach der Bundestagswahl, ordnete die SPD/Grünen-Regierung im Namen von „Demokratie“ die Teilnahme an der NATO-Bombardierung Serbiens an und stationierte weitere Truppen im ehemaligen Jugoslawien. Schröder (SPD) und Fischer (Grüne) manipulierten zynisch die Erinnerungen an die Gräueltaten der Nazibesetzung und rechtfertigten den Krieg mit der Lüge, dies sei „ein gerechter Krieg“ gegen den „Hitler“ Milosevic. Damit wollten sie die Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterklasse im eigenen Land, für die Unterstützung des imperialistischen Krieges gewinnen. Dennoch gab es Arbeiterproteste in ganz Deutschland. Wie wir schrieben:

„Dieser Sieg der Imperialisten ist nicht nur ein Schlag gegen die Bevölkerung Serbiens und des ganzen Balkans, sondern auch gegen die arbeitenden Menschen und Unterdrückten auf der ganzen Welt. Er unterwirft die Kosovaren – Serben, Roma und Albaner gleichermaßen – direkt dem Joch des Imperialismus und verstärkt damit den nationalen Hass in der Region.“ (*Spartakist* Nr. 136, Sommer 1999)

Die Imperialisten verfolgen im Umgang mit dem Kosovo unterschiedliche Ziele und Strategien, die das Potenzial für künftige Spannungen enthalten. Der deutsche Imperialismus verfolgt mit dem Herausbrechen des Kosovo aus der Republik Serbien den Kurs weiter, seine Herrschaft über die Staaten Osteuropas zu festigen. Eine Methode hierzu ist die Unterstützung der Aufspaltung mittel- und osteuropäischer Staaten in kleine Einheiten. Es geht um Einfluss, die Kontrolle des Gebiets und die Etablierung von Militärbasen. Und militärisch sammelt die deutsche Bourgeoisie eine Menge Erfahrung. Deutsche, ungarische und montenegrinische Soldaten kämpfen zusammen – in Afghanistan. Schon 2007 hatte die montenegrinische Armee den Aufbau der afghanischen Streitkräfte mit der Lieferung von Waffen und Munition unterstützt. Im vergangenen Jahr beschloss das Parlament in Podgorica dann die Entsendung von Soldaten an den Hindukusch. Wie ein Sprecher des Verteidigungsministeriums kürzlich prahlte, hat dieser Einsatz jetzt begonnen: Montenegrinische Soldaten sollen in Nordafghanistan unter deutschem Kommando eine ungarische Basis sichern und brachen vor wenigen Tagen in die deutsche Besatzungs-

zone auf. Damit nimmt der vierte Staat, der aus der Zerstörung Jugoslawiens entstand, seine aktive Unterstützung für die westliche Kriegspolitik auf; Slowenien, Kroatien und Mazedonien sind bereits mit Militär in Afghanistan präsent, und zwar überwiegend in der deutschen Besatzungszone.

## Die Roma – Volk ohne Staat

Die Roma im Kosovo sind eine verdrängte Minderheit. Vor dem Krieg machten sie mit etwa 120 000 Menschen an die sieben Prozent der Kosovo-Bevölkerung aus. Schätzungen sprechen heute von 10 000. Die Mehrheit spricht serbisch, ein etwas kleinerer Teil, Aschkali genannt, albanisch. Einige Tausend deklarieren sich als „Ägypter“ – der Legende nach sind ihre Vorfahren am Nil einst vor den Arabern geflüchtet und auf dem Balkan gestrandet. In ganz Europa leben heute circa acht bis zwölf Millionen Roma und Sinti, sesshaft in Städten oder umherziehend. Die Juden und die Roma haben eine lange Geschichte des Hasses und der Unterdrückung gemeinsam. Abraham Leon, ein belgischer Trotzist, der 1944 in Auschwitz ermordet wurde, analysierte in seinem Werk *Die jüdische Frage – eine marxistische Darstellung* die Juden als eine „Volksklasse“: Sie überlebten nicht trotz einer 600jährigen Geschichte der Verfolgung, sondern wegen ihrer ursprünglichen Existenz als eine *Kaste*, die eine spezialisierte und unerläßliche ökonomische Funktion in der Gesellschaft erfüllte. Als Wucherer und Händler lebten die Juden notwendigerweise in sesshaften städtischen Gemeinden; später, als der Aufstieg der industriellen Bourgeoisie ihre spezialisierte Rolle erübrigte, wurden sie eher in die moderne kapitalistische Gesellschaft assimiliert. Die mächtige europäische Arbeiterbewegung nahm den Kampf gegen den Antisemitismus auf. Viele Sozialisten und Revolutionäre waren Juden, nicht zuletzt Marx. Die Roma (früher zumeist tätig unter anderem als Musiker, Pferdehändler, Korbflechter) brachten historisch zwar ihr Wissen ein, was für die vorindustrielle Bauernwirtschaft unschätzbar war, aber als „Volksklasse“ nomadischer Handwerker blieb ihre Rolle in der Gesellschaft viel marginaler.

Erst durch die Russische Revolution 1917 unter der Führung der Bolschewiki von Lenin und Trotzki und wegen ihres wahrhaft internationalistischen Charakters konnte eine Diktatur der Arbeiter errichtet werden, die erfolgreich gegen antisemitische Pogrome und Chauvinismus kämpfte und gleichermaßen das Tor zur Befreiung der Roma aufstieß. Roma wurden erstmals als Minderheit anerkannt, Romanés-Wörterbücher und -Grammatikbücher wurden gefördert, genauso wie ihre Kultur.

Mit der 1924 beginnenden Zerstörung der revolutionär-internationalistischen Bolschewistischen Partei durch die von den Stalinisten geführte politische Konterrevolution in der Sowjetunion belebte die Schicht privilegierter Bürokraten das alte chauvinistische Gift wieder. Ethnisierung und nationalistische Spannungen wurden genutzt, um den internationalistischen Geist der Arbeiterklasse zu zerbrechen. So wurde bald Romanés unterdrückt und später auch Jiddisch. Die nach dem Zweiten Weltkrieg etablierten stalinistischen Regime in Osteuropa konnten einiges von dem reaktionären Gesindel, das historisch diese Region plagte, unter Kontrolle halten, aber sie konnten nicht die materielle Basis legen für die Eliminierung von Chauvinismus. Dennoch führte selbst dies zu einer begrenzt besseren Lage für Roma im damaligen Jugoslawien, wo anfangs Schulbücher für Roma-Kinder gedruckt wurden, und in der DDR, wo Roma Staatsbürgerrechte erhielten.

Die schreckliche Lage der Roma in Westeuropa und im heutigen kapitalistischen Osteuropa dagegen entlarvt die ganze Heuchelei über „Freiheit und Demokratie“, die die Unterdrückten im imperialistischen Europa erwarten. Laut *amnesty international* vom 13. Januar werden Roma-Kinder

in vielen Orten Tschechiens in Sonderschulen für Kinder mit „leichter geistiger Behinderung“ eingeschult. In Italien drohen mit dem zur Kriminalitätsbekämpfung beschlossenen sogenannten „Nomaden-Notstandsplan“ tausenden Roma die Vertreibung aus ihren Siedlungen und die Unterbringung in isolierten Großlagern. Aus Ungarn wird über mörderische Pogrome berichtet. Im slowakischen Ostrovany wurde der Roma-Ortsteil eingemauert. Und in einem Antrag zur Entschließung des Europäischen Parlaments, eingereicht am 17. März zum zweiten europäischen Gipfeltreffen zur Lage der Roma wird unter anderem über Zwangssterilisierungen von Roma-Frauen berichtet. Zum Internationalen Tag der Roma am 8. April erklärte Cornelia Ernst, Europaabgeordnete der Linkspartei: „Die Roma sind der Worte müde – wir müssen unverzüglich handeln und dürfen uns nicht zurücklehnen, indem wir auf bestehende EU-Richtlinien zur Gleichbehandlung und Nicht-Diskriminierung verweisen. Diese Richtlinien haben die Ausgrenzung der Roma nicht beendet, ihre Situation ist nach wie vor von bitterster Armut und Perspektivlosigkeit geprägt.“ Und sie fordert weiter: „Die EU muss ihre Struktur- und Regionalförderung flexibler gestalten und bürokratische Hürden abbauen, so dass die Strukturfondsmittel auch wirklich der Gruppe der Roma zugute kommen.“ Den EU-Imperialisten, die für die nationalistischen und kommunalistischen Konflikte, dieses Elend und die rassistische Unterdrückung *zentral die Verantwortung* tragen, wird ein Persilschein ausgestellt und weitere Intervention verlangt. Diese Position ist in Lenins Worten Sozialimperialismus, der dazu dient, die Empörung in Kanäle von parlamentarischem Hokuspokus zu lenken und die Verantwortlichen freizusprechen.

### Linkspartei schürt Illusionen in reaktionäre UNO

„Scharfe Kritik an dem Abkommen übte die Linke“, schreibt auch die *junge Welt*, 15. April. Die Innenexpertin der Linkspartei, Ulla Jelpke, die „mit einer Delegation des Innenausschusses des Bundestags von einem Besuch von Flüchtlingslagern im NATO-Protektorat Kosovo zurückkehrte, wies ... auf die Gefahr rassistisch motivierter Angriffe auf Roma im NATO-Protektorat Kosovo hin“. Und bereits am 13. Januar schrieb Jelpke: „12 500 Roma und andere Minderheitenangehörige aus dem Kosovo, die in Deutschland Zuflucht gesucht haben, befinden sich in einer regelrechten Abschiebelotterie: Jede und jeden kann in den nächsten Jahren die Abschiebung treffen.“ Und wer soll diese schrecklichen Zustände ändern? Die Forderung der Linkspartei ist humanitäres Bleiberecht der Roma aus dem Kosovo und bezieht sich dabei ausgerechnet auf UNHCR und OSZE. Es war aber das UN-Flüchtlingswerk UNHCR, das nach der Zerstörung des Nordteils der Stadt Mitrovica (dort lebten 8000 Roma in der Romska Mahala, einem der ältesten und größten Roma-Viertel auf dem Balkan) durch albanische Extremisten und nach der Vertreibung der Bewohner ein Flüchtlingslager kaum 500 Meter von einer stillgelegten Bleimine entfernt errichtete. Schon damals bestand der Verdacht, dass das Gelände stark bleiverseucht sein könnte, was durch Messungen bestätigt wurde. Vier Jahre vergingen, bis Mitarbeiter der Weltgesundheitsbehörde WHO erneut die Lager besuchten und extrem hohe Bleiwerte im Blut der Bewohner feststellten. 60 Kinder unter sechs Jahren hatten damals bereits eine schwere Bleivergiftung. Appelle an internationale Institutionen wie OSZE und Flüchtlingswerk (im Dienste kapitalistischer Regierungen oder Verbände) verhindern also nicht das Elend der Roma, sondern verewigen es.

An den kapitalistischen Staat – in Marx' Worten der ge-

schäftsführende Ausschuss der Bourgeoisie – zu appellieren ist das Problem, während wir Kommunisten versuchen, die Arbeiterklasse gegen die herrschende Klasse und ihren Staat zu mobilisieren. Die Führung der Linkspartei sieht sich als Teil dieses Systems und den Staat als „ihren“ an, den man zu reformieren trachtet, während versucht wird, die unzufriedene Basis mit Appellen an UNO und OSZE ruhig-



Spartakist

Berlin, August 2000: Protest gegen rassistische Abschiebungen durch SPD/Grünen-Regierung

zustellen. Der grundlegende Widerspruch dieser Gesellschaft aber lässt sich nicht reformieren, nicht versöhnen, weil entweder die Ausbeuterklasse herrscht oder die Ausgebeuteten herrschen. Die Führung der Linkspartei will die Herrschaft der Kapitalisten verewigen, solange sie nur ihr demokratisches Mäntelchen anbehalten.

Und so sieht die Politik der Linkspartei in Taten aus: Das SPD/LINKE-regierte Bundesland Berlin hat die Tarifverträge im öffentlichen Dienst gebrochen und Abertausende auf die Straße geworfen, während es die Hartz-IV-Armuts-gesetze vollstreckt, u. a. um die Berliner Bankgesellschaft zu sanieren. Diese „Sanierungs“angriffe gingen Hand in Hand mit rassistischem Terror und Repression gegen Linke. Am 8. Juni 2009 wurde eine Massenabschiebung von mehr als einhundert Vietnamesen vom Flughafen Schönefeld in Berlin durchgeführt, die erste Massenabschiebung seit Mitte der 90er-Jahre. Gleichzeitig lief eine rassistische Hetzkampagne gegen circa hundert Mitglieder von Roma-Familien, die auf der Flucht vor Verfolgung, einschließlich Pogromen, und wirtschaftlichem Elend aus Rumänien nach Berlin gekommen waren. Als in Berlin die damalige Linkspartei-Sozialsenatorin Knake-Werner für die Roma-Karawane Unterbringung in städtischen Wohnheimen organisierte, wussten das die Roma nach sechs Wochen in Zelten natürlich zu schätzen. Aber dann organisierte die Polizei des SPD/Linkspartei-Senats einen nächtlichen Überfall auf zwei der Wohnheime, sie schikanierte und terrorisierte die Familien. All dies nur wenige Kilometer entfernt vom Standort des berüchtigten „Zigeunerlagers“ Marzahn, wo die Nazis Roma einpferchten, bevor sie sie zu Vernichtungslagern wie Auschwitz-Birkenau deportierten. Bürgerliche Demokratie und Faschismus sind beides Formen der Diktatur der Bourgeoisie. Im wiedervereinigten Deutschland herrscht die gleiche bürgerliche Klasse wie in Nazideutschland und Westdeutschland. Ein Eckpunkt im reformistischen Programm der Linkspartei ist gerade diese Leugnung der Kontinuität der Bourgeoisie von Auschwitz. Ihr Hochjubeln der bürgerlichen Demokratie geht mit der Denunzierung des defor-

mierten Arbeiterstaates DDR einher, bei deren Ausverkauf der Linkspartei-Vorläufer PDS aktiv mithalf.

Die Linkspartei hat seit dem NATO-Krieg gegen Serbien 1999 einige Pluspunkte bei Arbeitern und linken Jugendlichen gesammelt als eine Partei, die vorgibt, für „Frieden“ einzutreten. So stimmte sie auch jetzt im Bundestag gegen den Bundeswehreininsatz auf dem Balkan. Der Linkspartei-Abgeordnete Paul Schäfer erklärt dies im Mai in der Bundestagsdebatte so: „Dieser Krieg hat zur Schwächung der UNO und der OSZE geführt und war der Auftakt zur Verschärfung anderer Autonomie- und Sezessionskonflikte über Europa hinaus... Die Alternative zu einem militärisch eingefrorenen Konflikt ist ein zivil gelöster Konflikt.“ Die Linkspartei ahmt den Generalsekretär der UNO Ban Ki-moon nach, der vor der UNO im April warnte, Abschiebungen könnten Spannungen im Kosovo verschärfen – was die bürgerliche Sorge um das Pulverfass Balkan ausdrückt, das den Imperialisten außer Kontrolle geraten könnte.

Die UNO ist keineswegs ein Instrument für „Frieden“, wie die Linkspartei vorgibt, sondern eine Versammlung imperialistischer und kapitalistischer Räuber und ihrer Opfer, wo die stärkste Macht das Sagen hat. Die UNO steht seit ihrer Gründung für kapitalistische Konterrevolution und Krieg, siehe Koreakrieg 1950–53, und neokoloniale und koloniale Besetzung – ausgeführt nach dem von der Linkspartei angebotenen Völkerrecht – wie z. B. der UN-Einsatz zur „Wiederherstellung der Unabhängigkeit“ in Ost-Timor 1999 oder die „Operation Restore“ in Haiti 1994.

Die Linkspartei blendet die Unterdrückten damit, dass sie für „Frieden“ sei, kämpft aber nicht gegen den Kapitalismus und nicht für eine sozialistische Revolution. Das ist dann einfacher Betrug, denn Kapitalismus basiert auf Ausbeutung, d. h. die Kapitalisten gewinnen ihre Profite aus der Lohnarbeit der Arbeiterklasse. In der Epoche des Imperialismus, des höchsten und letzten Stadiums des Kapitalismus, ist die Welt unter den imperialistischen Großmächten (hauptsächlich USA, Deutschland, Japan) aufgeteilt in Sphären von Einfluss, Ausbeutung und neokolonialen Raub. Diese Aufteilung erfolgt auf der Grundlage von ökonomischer und militärischer Stärke und das führt zwangsläufig immer wieder zu Kriegen. Gegen den Wahnsinn des imperialistischen Krieges zu kämpfen kann nur heißen, international für die sozialistische Revolution zu kämpfen.

Der Pazifismus der Linkspartei ist in Wirklichkeit eine Form der Kriegsvorbereitung, da er die Massen der Arbeiter und Unterdrückten davon abhält, die wahre Natur des Kapitalismus zu erkennen und gegen ihn zu kämpfen. Wie der damalige amerikanische Trotzkist James Burnham 1936 in *War and the Workers* [Der Krieg und die Arbeiter] schrieb:

„Im Fall von Pazifismus ist das Gefährlichste die Tatsache, dass die Sehnsucht der Massen nach Frieden ausgenutzt wird und doch der Charakter des Kampfes gegen den Krieg komplett verschleiert wird, so dass Pazifismus die Massen völlig hilflos lässt, wenn der Krieg beginnt. Zu diesem Zeitpunkt gehen die Mittelklasse und die pseudoliberalen Führer der Friedensbewegung auf die Seite der Kriegsbefürworter über.“

Genau das hat man bei der SPD/Grünen-Kriegsbeteiligung gegen Serbien 1999 gesehen. Diese sozialimperialistische Position wurde auch jetzt in der Bundestagsdebatte am 20. Mai zur Verlängerung des Bundeswehrmandats im Kosovo bestätigt vom außenpolitischen Sprecher der SPD, Gernot Erler: „Ich denke daran, dass die Franzosen angekündigt haben, dass sie ... alle Truppen abziehen wollen. Wenn das zu einer Art Wettlauf wird, wer am schnellsten wieder draußen ist, kann das für den Kosovo gefährlich werden... versuchen Sie, das zu verhindern; denn das wäre katastrophal für das Land.“ Und das wird auch der Weg der Linkspartei sein, wenn es ernst wird. Schon 1999 forderte

der Linksparteivorläufer PDS eine UN-Friedenstruppe ohne Beteiligung der damals auf dem Balkan angreifenden NATO-Staaten. Wie Lenin in *Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale* (1916) schrieb:

„Der politische Inhalt des Opportunismus und des Sozialchauvinismus ist derselbe: Zusammenarbeit der Klassen, Verzicht auf die Diktatur des Proletariats, Verzicht auf die revolutionäre Aktion, rücksichtslose Anerkennung der bürgerlichen Legalität, Misstrauen dem Proletariat, Vertrauen der Bourgeoisie gegenüber.“

Die Linkspartei setzt ihr Vertrauen heute überwiegend in bürgerliche Parlamente und imperialistische Organisationen wie die UNO und OSZE.

So ist es klar, dass die Linkspartei, auch wenn sie gegen Kriegs- und Bundeswehreinsetzungen stimmt, keineswegs in Opposition zum deutschen Imperialismus steht, sondern vielmehr eine andere Auffassung widerspiegelt, wie der deutsche Imperialismus seine Angelegenheiten regeln sollte. Seit ihrer Kapitulation vor dem Ausverkauf der DDR 1989/90 strebte die PDS danach, sich als zweite Sozialdemokratie in einem wiedervereinigten kapitalistischen Deutschland zu etablieren. Dazu muss sie immer wieder ihre Verlässlichkeit für die Verwaltung des deutschen Imperialismus beweisen.

Gleichzeitig hat sie einen Haufen von linken Gruppen angezogen, die entweder vor der Konterrevolution in der DDR und Sowjetunion kapitulierte oder sie bejubelten – von *junge Welt* und DKP bis zu den Pseudotrotzkisten der SAV und marx21 (früher Linksruck). Die Gruppe marx21 hat sich 2007 in die Linkspartei aufgelöst. Sie tritt in der Frage des Kosovo etwas linker auf: „Unserer Meinung nach sollte die Linke als erstes für den sofortigen Abzug der Bundeswehr und der NATO aus dem Kosovo und dem Balkan eintreten.“ Das gibt der staatstragenden Linkspartei dann einen „antimperialistischen“ Anstrich, um desto besser linke Jugendliche und Arbeiter an den bürgerlichen Staat zu ketten. Die sozialdemokratischen Parteien, SPD wie Linkspartei, sind bürgerliche Arbeiterparteien, d. h. sie basieren zwar auf der Arbeiterklasse, haben aber ein bürgerliches Programm und eine bürgerliche Führung. Daher besteht die strategische Aufgabe für Revolutionäre darin, die Arbeiterbasis der Sozialdemokratie gegen ihre bürgerliche Führung zu kehren und sie abzuspalten. Marx21 schürt die Illusion, die Sozialdemokratie könne doch der Arbeiterklasse dienen. Für marx21 selbst bzw. ihre Vorgänger sind die Abzugsforderungen aber auch einfach zynisch: Sie haben mit aller Kraft die Konterrevolution in Osteuropa vorangetrieben und den „Sieg der Demokratie“ bejubelt, ohne die es keine Bundeswehr- oder anderen imperialistischen Truppen auf dem Balkan gäbe.

Unsere revolutionäre Opposition gegen imperialistische Besetzung steht in scharfem Gegensatz zu diesen Linken, die die Illusion verbreiten, die Imperialisten für eine friedliche Lösung unter Druck setzen zu können. Oder in den Worten Lenins:

„Wer aber den Völkern einen ‚demokratischen‘ Frieden verheißt, ohne gleichzeitig die sozialistische Revolution zu propagieren, wer den Kampf für diese Revolution, den Kampf schon während des Krieges, ablehnt, der betrügt das Proletariat.“

Wir kämpfen für den Aufbau revolutionärer Parteien als Teil der wiederzuschmiedenden Vierten Internationale, um die Kämpfe der Arbeiter und aller besonders unterdrückten Schichten – Frauen, Jugendliche, Immigranten, ethnische Minderheiten – zu vertiefen und zusammenzuschweißen. Dauerhafter Frieden und nationale Gerechtigkeit für alle Völker der Region können nur durch proletarische Revolutionen erreicht werden, die zu einer Sozialistischen Föderation des Balkans als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa führen. Und die Roma werden ein Teil davon sein.■

## Griechenland...

Fortsetzung von Seite 24

Jahr. Gerade erst fand am 23. Juni ein ganztägiger Streik der Gewerkschaft der Seeleute am zentralen Hafen von Piräus statt. Für den 29. Juni ist ein weiterer ganztägiger Generalstreik geplant, zeitgleich mit einer Parlamentsdebatte über Rentenkürzungen. Die Protestdemonstrationen während des Generalstreiks am 5. Mai waren die größten seit dem Sturz der griechischen Militärregierung 1974. Über 150.000 demonstrierten in den Straßen Athens, parallel zu umfangreichen Protesten in anderen Städten. Während der Parlamentsdebatte über die Maßnahmen der Regierung versuchten einige Demonstranten das Parlamentsgebäude am Syntagma-Platz in Athen zu stürmen, wurden aber von der verhassten Bereitschaftspolizei zurückgeschlagen.

Der Tod dreier Bankangestellter, die bei den Protesten vom 5. Mai in Athen in einem durch einen Molotow-Cocktail verursachten Feuer erstickten, wurde von der Regierung dazu benutzt, eine Welle von Polizeirepression zu entfesseln, die sich vor allem gegen anarchistische und Immigrantengruppen richtete. Bullen durchsuchten das Büro eines Unterstützernetzwerks für Immigranten und führten in Cafés und Wohnungen des Exarchia-Viertels, einer anarchistischen Hochburg, Razzien durch, wobei sie Dutzende verhafteten. Während Papandreou die „Gewalttätigkeit“ der Demonstranten anprangerte, gab ein Arbeitskollege der in dem Feuer Umgekommenen eine Erklärung heraus, die die weite Verbreitung fand und in der er enthüllte, dass den Bankangestellten mit Entlassung gedroht worden war, sollten sie der Arbeit fernbleiben, und dass sie dann daran gehindert worden waren, zu gehen, als sie es versuchten. Diesem Arbeiter zufolge war das Gebäude, das über keine Brandschutzbescheinigung, keine Sprinkleranlage und keine Notausgänge verfügte, verschlossen, und selbst die Internetverbindung war unterbrochen. Wir fordern die Einstellung aller Verfahren gegen die Anarchisten und alle linken Demonstranten, einschließlich der während der früheren Generalstreiks verhafteten!

Zwar sind die Angriffe der PASOK-Regierung gegen die Werktätigen zum Großteil vom IWF und den europäischen Hauptmächten diktiert, allen voran vom imperialistischen Deutschland; doch die griechische herrschende Klasse ist nicht nur Laufbursche der EU, sie benutzt das jetzt als Gelegenheit zu einem harten Durchgreifen gegen die Arbeiter. Derweil hat die arrogante deutsche Bourgeoisie eine chauvinistische Kampagne gegen die wirtschaftlich kleineren und schwächeren europäischen Länder losgetreten. Deutsche Kapitalisten rümpfen die Nase, dass Griechenland „über seine Verhältnisse“ gelebt habe, und der Vorsitzende der CDU-Mittelstandsvereinigung Josef Schlarmann machte den sarkastischen Vorschlag, Athen solle doch einige „unbewohnte Inseln“ verkaufen, um sein Defizit zu verringern (siehe *Spartakist* Nr. 183, Mai 2010).

Die Drohungen der Regierung und die Repression haben es nicht geschafft, die Arbeiter einzuschüchtern. Doch ein bedeutendes Hindernis für Klassenkampf gegen die Kapitalisten und ihre Regierung ist der griechische Chauvinismus, der von den offiziellen Führern der Arbeiterbewegung verbreitet wird, auch von denen der Kommunistischen Partei (KKE), deren Gegnerschaft zu den imperialistischen Blutsaugern von IWF und EU beschränkt nationalistisch darauf beruht, dass diese die Souveränität Griechenlands bedrohen. Nur auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus können die Arbeiter Griechenlands an der Spitze aller Unterdrückten in revolutionärem Kampf für ihre eigenen Klasseninteressen mobilisiert werden.

Am 27. Mai demonstrierten Hunderttausende in ganz Frankreich, und durch Streiks gegen die Absicht der Regie-

rung, das Rentenalter zu erhöhen, wurde der Flugverkehr gestört, Schulen geschlossen und der Bahnverkehr unterbrochen. In Spanien streikten am 8. Juni die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, das erste Mal seit 14 Jahren, und in Italien organisierte der sechs Millionen Mitglieder starke Gewerkschaftsverband CGIL einen Generalstreik für den 25. Juni. Heute ist der Bankrott des gesamten kapitalistisch-imperialistischen Systems offensichtlich, doch es fehlt eine revolutionäre Führung, um ein für allemal mit Ausbeutung, Armut, Rassismus und Krieg Schluss zu machen. **Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa! Für weltweite sozialistische Revolution zur Errichtung internationaler Arbeitsteilung in einer sozialistischen Planwirtschaft!**

Wir drucken nachfolgend ein Extrablatt ab, das unsere Genossen der Troztkistischen Gruppe Griechenlands (TGG) am 28. April veröffentlichten. Es wurde unter anderem auf zwei Demonstrationen am 1. Mai in Athen verkauft – die eine organisiert von dem mit der KKE verbundenen Gewerkschaftsbund PAME [„Militante Front aller Arbeiter“], und die andere organisiert von den beiden größten Gewerkschaftsverbänden, der GSEE [„Allgemeiner Arbeiterbund Griechenlands“] der Arbeiter der Privatwirtschaft und der ADEDY [„Konföderation der Arbeiter im Öffentlichen Dienst“], die beide von PASOK geführt sind.

---

### Erklärung der Troztkistischen Gruppe Griechenlands

---

Die Versuche der PASOK-Regierung, die massive Schuldenlast der Bourgeoisie auf den Schultern der Werktätigen abzuladen, haben zu wütendem Widerstand zehntausender Arbeiter und Rentner geführt. Generalstreiks im Februar und März in ganz Griechenland wie auch zwei Streiktage im April haben das Land wiederholt zum Stillstand gebracht und dabei das Transportwesen, Schulen, Banken und Regierungsbehörden lahmgelegt. Die Antwort der Arbeiter auf das brutale „Stabilitätsprogramm“ von PASOK – auferlegt als Vorbedingung jeglicher Rettungsaktion durch EU und IWF – war: „Wir werden nicht bezahlen!“ Im März besetzten wütende Arbeiter Regierungsgebäude, darunter die Staatsdruckerei, wo sie den Druck des Gesetzes zu verhindern suchten, mit dem der Kahlschlagsplan umgesetzt werden soll. Arbeiter von Olympic Airways blockierten aus Protest gegen Entlassungen mehrere Tage lang die zentrale Athener Verkehrsader Panepistimiou.

PASOKs „Stabilitätsprogramm“ beinhaltet Tausende von Entlassungen, eine Anhebung des Rentenalters und eine massive Zunahme der Lebenshaltungskosten als Folge von Lohnsenkungen, Steuererhöhungen und Preiserhöhungen bei Benzin und anderen Dingen des täglichen Bedarfs. Die Streiks und Demonstrationen haben die enorme potenzielle soziale Macht der Arbeiterklasse deutlich aufgezeigt. Diese Macht kann und muss im eigenen Interesse der Arbeiter eingesetzt werden, zur Zurückschlagung der Regierungsangriffe, aber auch zur Eröffnung der Möglichkeit einer Gegenoffensive gegen das gesamte kapitalistische Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem. Ein bedeutendes Hindernis für solch einen Gegenschlag sind jedoch die offiziellen Gewerkschaftsführungen – sowohl die Pro-PASOK-Führungen von GSEE und ADEDY als auch die der stalinistisch beherrschten PAME –, die Klassenzusammenarbeit und griechischen Nationalismus predigen und so die Arbeiterklasse an ihre Ausbeuter ketten.

Während brodelnde Wut an der Basis die PASOK-Gewerkschaftsbürokraten dazu gezwungen hat, Streiks auszurufen, haben sie wiederholt ihre Unterstützung für die Regierung und deren Rufe nach Opfern bekundet. Der ADEDY-Führer Papaspiros sagte: „Für uns alle ist die Lage



**Athen: Bullen greifen am 22. April während des Streiks im öffentlichen Dienst Kundgebung an**

schwierig, für die Wirtschaft, für die Regierung, für die Werktätigen, für die Gewerkschaften. Eine kontinuierliche Analyse und Bewertung von uns allen ist gefragt“ (zitiert in *To Vima* [Athener Tageszeitung], 14. Februar). Und die GSEE lehnte es ab, sich an den Streiks vom 21. und 22. April zu beteiligen. Die Gewerkschaftsbürokratie versucht die Arbeiterklasse zur Unterstützung der Regierung zu bewegen, indem sie mit der Lüge hausieren geht, PASOK sei eine Art von „sozialistischer“ Partei. Dabei helfen ihnen Reformisten wie die Sozialistische Arbeiterpartei (SEK – in Deutschland: marx21), die behaupten, PASOK sei eine reformistische Arbeiterpartei. Das ist sie nicht. PASOK war von Anfang an eine bürgerlich-populistische Partei – genauso ein Instrument des Klassenfeindes wie Nea Dimokratia.

Basierend auf der Einsicht, dass es zwischen dem Proletariat und den kapitalistischen Blutsaugern keine gemeinsamen Interessen gibt, muss eine neue, revolutionäre Führung der Gewerkschaften geschmiedet werden. Arbeiter müssen für ihre eigenen Bedürfnisse kämpfen, nicht für das, was sich die Bosse angeblich leisten können. Die griechische Kapitalistenklasse hat das Land an den Rand des Bankrotts gebracht und ist jetzt dazu entschlossen, die Arbeiterklasse für die Wirtschaftskrise zahlen zu lassen. Wir sagen nein! Zur Hölle mit dem „Stabilitätsprogramm“ der Regierung!

Die Art von klassenkämpferischer Führung, die wir aufzubauen versuchen, würde für eine Reihe von Übergangsforderungen kämpfen, die, wie Trotzki im 1938 geschriebenen *Übergangsprogramm* erklärte, an dem gegenwärtigen Bewusstsein der Arbeiterklasse und ihren Tageskämpfen gegen die Bosse und die Regierung ansetzen und auf das Ziel der proletarischen Revolution hinführen. *Eleftherotypia* [landesweite Zeitung] schreibt in einem Artikel vom 21. März: „Der Anstieg der Arbeitslosigkeit überschritt Ende 2009 die Zahl von 150000. Tatsächlich ist sie viel höher, wenn man auch diejenigen mitzählt, die nur ein paar Stunden in der Woche arbeiten.“ Im selben Artikel schätzte der Arbeitsminister Andreas Loverdos, dass die Arbeitslosigkeit im März auf 12 Prozent hochschnellen wird. In Wirklichkeit ist die Arbeitslosigkeit sogar noch höher. „Die GSEE behauptet, dass die 11,3 Prozent der [Regierungs-] Statistik real fast 17,3 Prozent ausmachen und dass die Arbeitslosigkeit bei 800000 liegt“ (*Kathimerini* [Athener Tageszeitung], 21. April). Die Arbeitslosigkeit hat Frauen und junge Menschen am härtesten getroffen. Dem Nationalen Statistischen Dienst zufolge ist die Arbeitslosigkeit bei Frauen viermal so hoch und beträgt bei Jugendlichen 25,8 Prozent.

Um die Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen, ist es notwendig, die Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle – ohne Lohneinbußen – sowie ein massives Programm öffentlicher Arbeiten zu fordern. Selbst um ihren gegenwärtigen Lebensstandard zu halten – der sowieso schon einer der niedrigsten in Europa ist –, müssen die Arbeiter fordern, dass die Löhne automatisch an die Inflation angeglichen werden. Um die Ausbeutung, den Raub und den Schwindel der kapitalistischen Eigentümer und die Betrügereien der Banken aufzudecken, sprach sich Trotzki dafür aus, die Arbeiter sollten die Offenlegung der Geschäftsbücher durch die Kapitalisten fordern, um „vor den Augen der gesamten Gesellschaft die unsägliche Vergeudung menschlicher Arbeit offenzulegen, die das Ergebnis der kapitalistischen Anarchie und der wilden Jagd nach Profit ist“. Er erhob die Forderung nach Enteignung von Industriezweigen, die für die nationale Existenz lebenswichtig sind, und von besonders parasitären Gruppen der Bourgeoisie, betonte aber, dass solche Forderungen not-

wendigerweise mit dem Kampf um die Machtergreifung durch die Arbeiterklasse verknüpft sein müssen; im Gegensatz zu den reformistischen Führern, für die die Forderung nach Verstaatlichung nur eine Methode zur Rettung kapitalistischer Unternehmen darstellt.

Gegen die Kapitalisten und ihre reformistischen Handlanger argumentierte Trotzki:

„Kann der Kapitalismus die Ansprüche nicht befriedigen, die sich unvermeidlich aus den von ihm erzeugten Übeln ergeben, dann mag er zugrunde gehen. Ob jene Forderungen ‚realistisch‘ oder ‚unrealistisch‘ sind, ist hierbei eine Frage des Kräfteverhältnisses und kann nur durch den Kampf entschieden werden. Durch diesen Kampf, welche unmittelbaren praktischen Erfolge er auch erzielen mag, werden sich die Arbeiter am besten von der Notwendigkeit überzeugen, die kapitalistische Sklaverei zu beseitigen.“

### **Nieder mit nationalem Chauvinismus! Für Arbeitereinheit gegen die Bosse!**

Der Kampf zur Mobilisierung der Arbeiterklasse im Kampf für ihre Klasseninteressen muss auch ein Kampf gegen alle Formen von Diskriminierung sein. Entscheidend für die Schmiedung der Einheit der Arbeiterklasse ist der Kampf gegen die rassistische Unterdrückung von Immigranten. Eingewanderte Arbeiter aus Albanien, Südasien, Afrika und anderswo sind eine Schlüsselkomponente der Arbeiterklasse Griechenlands, die in einen gemeinsamen Kampf an der Seite ihrer griechischen Klassenbrüder und -schwestern einbezogen werden muss. Um zu verhindern, dass die Kapitalisten ausländische Arbeiter zum Sündenbock der Wirtschaftskrise machen, muss die Arbeiterbewegung für volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten kämpfen! Keine Abschiebungen!

Der widerliche Rassismus des griechischen kapitalistischen Staates wurde jüngst bei der Parade zum Unabhängigkeitstag am 25. März offenbar, als eine griechische Einheit von Sondereinsatzkräften dabei gefilmt wurde, wie sie rassistische Parolen gegen Albaner, Mazedonier und Türken rief. Das Video wurde später bei YouTube eingestellt und hatte Proteste von Albanern in Athen zur Folge. Chauvinismus gegenüber ihren Nachbarn auf dem Balkan und gegen nationale Minderheiten im eigenen Land wird von der griechischen Bourgeoisie wie von allen Bourgeoisien der Region dazu benutzt, um die Arbeiterklassen gegeneinander aufzuhetzen und die Herrschaft des Kapitals aufrechtzuerhalten.

In unserer Gründungserklärung hielt die Trotzistische Gruppe Griechenlands fest: „Die Verteidigung der Rechte von unterdrückten Nationalitäten und Immigranten ist das einzige Mittel, wodurch das Proletariat, das aus Arbeitern unterschiedlicher Ethnien besteht, im Kampf für die sozialistische Revolution vereinigt werden kann.“ Angesichts der Tatsache, dass die Mazedonienfrage einen Glaubwürdigkeitstest für jede Gruppierung darstellt, die sich in Griechenland auf den Internationalismus beruft, schrieben wir:

„Die TGG verteidigt die nationalen Rechte der mazedonischen Minderheit in Griechenland, einschließlich des Rechtes auf Errichtung ihres eigenen Staates oder einer Vereinigung mit dem bestehenden Staat Mazedonien. *Volle demokratische Rechte für nationale Minderheiten in Griechenland! Für eine sozialistische Balkanföderation!*“

### Nieder mit der EU der Bosse! Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Das Kahlschlagsprogramm der PASOK-Regierung gibt einen Vorgeschmack auf das, was die Bosse bei ihrem Versuch, die Arbeiterklasse noch auf Lager haben. Vorbedingung für ein EU/IWF-„Rettungspaket“ für die griechischen Kapitalisten ist ein massiver Angriff auf die griechischen Arbeiter.

Als Marxisten stehen wir in unversöhnlichem Gegensatz zur EU, einem imperialistischen Handelsblock, in dem die widerstreitenden Interessen der bestimmenden bürgerlichen Staaten Europas zum Ausdruck kommen. Die EU ist auch ein Instrument der europäischen Kapitalisten, miteinander gegen die Arbeiterklasse und gegen Immigranten zu kooperieren. Unsere Opposition zur EU, die auf proletarischem Internationalismus beruht, ist den Angriffen der griechischen Kommunistischen Partei (KKE) auf die EU entgegengesetzt, deren Grundlage eine ungeheuerliche Kapitulation vor dem griechischen Nationalismus ist. In einem Artikel vom 17. April in *Rizospastis* bringt die KKE ihre unverhohlene Besorgnis zum Ausdruck, die PASOK-Regierung könnte die Verteidigung Griechenlands untergraben, und sorgt sich um dessen Grenzen mit der Türkei in der Ägäis. KKE-Führerin Aleka Papatrifa „verlieh von neuem der Sorge ihrer Partei Ausdruck, dass die tiefere Einbindung des Landes in imperialistische Organisationen und deren Pläne Kompromissen auf Kosten der Souveränitätsrechte des Landes und seiner Verteidigungsfähigkeit den Weg bereitet habe“. Sie fügte hinzu: „Jetzt sorgen wir uns zusätzlich noch um die Ägäis.“ Und während der von der KKE dominierte Gewerkschaftsbund PAME Losungen wie „Entweder mit dem Kapital oder mit den Arbeitern“, also Klasse gegen Klasse, erhebt, appelliert er gleichzeitig an den Patriotismus mit Spruchbändern wie „Auflehnung gegen die Verarmung des Volkes ist Patriotismus“. Derartiger Nationalismus ist Gift für das Klassenbewusstsein und ist proletarischem Internationalismus entgegengesetzt. Er dient dazu, die Arbeiter Griechenlands gegen die Arbeiter anderer Länder auszuspielen, und verstärkt immigrantenfeindlichen Rassismus. Jeder wirksame Kampf gegen die Angriffe der Bosse muss mit der Einsicht beginnen, dass die Arbeiter kein Vaterland haben. Notwendig ist internationale Arbeitersolidarität gegen das Kapital in der gesamten EU.

Die EU war ursprünglich als Anhängsel der NATO gegründet worden, als die USA Westeuropa gegen die Sowjetunion zu stärken versuchten. Heute ist es ein instabiles Hilfsmittel für die wirtschaftlichen, militärischen und politischen Prioritäten der europäischen Kapitalisten. Die Internationale Kommunistische Liga kämpfte als einzige bis zum Ende für die militärische Verteidigung der Sowjetunion und der deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas gegen Imperialismus und innere Konterrevolution. Wir kämpften für proletarisch-politische Revolution zum Sturz der stalinisti-



Spartakist

### Berlin, 12. Juni: Spartakisten bei Demo gegen Krise. Es ist notwendig, in Deutschland die multiethnische Arbeiterklasse in Solidarität mit den Kämpfen in Griechenland zu mobilisieren

schen Bürokratien, deren Beschwichtigungspolitik gegenüber dem Imperialismus die Verteidigung dieser Arbeiterstaaten untergrub. Dies ist heute unser Programm für die verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten – China, Vietnam, Kuba und Nordkorea.

Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise ist eine weitere eindrucksvolle Bestätigung der marxistischen Analyse der kapitalistischen Gesellschaft und für die Notwendigkeit einer sozialistischen Revolution zur Beseitigung der wirtschaftlichen Krisenzyklen des Kapitalismus und zur Errichtung einer rationalen, geplanten Wirtschaft, in der das Ziel der Produktion die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse ist und nicht die Profite einer Handvoll superreicher Ausbeuter. Keine noch so große Flickschusterei am bestehenden System kann es dazu bringen, den Bedürfnissen des Proletariats und der Unterdrückten zu dienen.

Während die arbeitenden Menschen vor dem Ruin stehen, ist das Äußerste, was reformistische Gruppen wie die SEK anbieten haben, erbärmliche Appelle an die PASOK-Regierung zur „Besteuerung der Reichen“. Derartige Vorhaben, wie sie von Reformisten wie der SEK propagiert werden, basieren auf der Behauptung, eine radikale Umverteilung des Reichtums sei möglich, ohne sich des kapitalistischen Systems zu entledigen. Die Bourgeoisie hat zur Kriegführung gegen die Arbeiterklasse, um ihre Profite in die Höhe zu treiben, Bullen, Gerichte und Soldaten zur Verfügung – die Formationen bewaffneter Menschen, die den Kern des kapitalistischen Staates bilden. Notwendig ist eine sozialistische Revolution, um den kapitalistischen Staat zu stürzen und durch einen Arbeiterstaat zu ersetzen, der das Fundament für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft legt. Dazu ist es notwendig, eine revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen, die für eine Arbeiterregierung kämpft – eine Partei wie Lenins und Trotzki's Bolschewiki. Die TGG, sympathisierende Sektion der IKL in Griechenland, will eine solche Partei aufbauen. ■

### Korrektur

Im Artikel „Polen: Weg mit dem antikommunistischen Gesetz!“ (*Spartakist* Nr. 183, Mai 2010) gab es auf Seite 23 einen falschen Bildnachweis: Walbrzych, biesazyb. Richtig ist: Bruno Fidrych/Agencja Gazeta. Wir entschuldigen uns bei unseren Lesern für den Fehler.

# SPARTAKIST

## Griechenland: Nieder mit dem „Stabilitätsprogramm“ der PASOK-Regierung!

Der griechische Premierminister Georgios Papandreou kündigte als Teil eines von Griechenlands EU-Partnern und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) eingeleiteten wirtschaftlichen Rettungspakets eine neue Runde brutaler Angriffe auf den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung dieses Landes an. Zum Sozialkahlschlag der Regierung von Papandreou und der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (PASOK) gehören Kürzungen der Löhne im öffentlichen Dienst um 14 Prozent und der Durchschnittsrenten um 11 Prozent, eine Anhebung des durchschnittlichen Rentenalters um vier Jahre und eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 23 Prozent. Trotz ihres Namens ist die PASOK eine kapitalistische Partei, die sich politisch nur wenig von der rechtsgerichteten Nea Dimokratia unterscheidet, die sich immer mit PASOK als Regierungspartei abgewechselt hatte, aber bei den Wahlen vom Oktober 2009 abgewählt wurde.

Diese allseitigen kapitalistischen Angriffe wären verheerend für den Lebensstandard der griechischen Massen, vor allem für deren verwundbarste Teile wie die Armen, die Alten und die Frauen. Doch bis jetzt trafen sie auf heftigen Widerstand der kämpferischen Arbeiterklasse des Landes.

Als ihren Anteil am Rettungsabkommen haben EU und IWF eine beispiellose Summe – etwa 750 Milliarden Euro – für Kredite an Griechenland und potenziell auch andere überschuldete EU-Länder wie Portugal und Spanien bereitgestellt, um ihnen bei der Deckung ihres Haushaltsdefizits und bei der Umschuldung zu helfen. Nachdem die deutsche Regierung monatelang jeden Vorschlag blockiert hatte, besiegelte sie zusammen mit anderen EU-Mächten das Abkommen, als zunehmende Befürchtungen einer möglichen Zahlungsunfähigkeit Griechenlands, Spaniens oder Portu-



Athen: Zehntausende protestieren während des Generalstreiks vom 5. Mai gegen Kahlschlagsprogramm der Regierung

gals das Schreckgespenst einer erneut angeheizten, ausgewachsenen Finanzkrise in Europa heraufbeschworen. Griechenlands wirtschaftliches Schlamassel spielt sich vor der Kulisse der internationalen Wirtschaftskrise ab, die auch die unter der Oberfläche europäischer kapitalistischer „Einheit“ – wie sie in der EU und im Euro verkörpert ist – brodelnden nationalen Gegensätze aufgedeckt hat. Wie überall versucht in Europa jede herrschende Klasse, die Ausbeutung ihrer eigenen Arbeiterklasse zu verschärfen, während sie gleichzeitig taktiert, um sich Vorteile gegenüber den Rivalen zu verschaffen.

Die Serie von Angriffen der PASOK-Regierung gegen die Arbeiterklasse hat eine Welle militanter Streiks provoziert, darunter bisher fünf eintägige Generalstreiks in diesem

*Fortgesetzt auf Seite 21*

**Schmiedet eine multiethnische revolutionäre Arbeiterpartei!**

**Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!**